



Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land

Teiländerung „15 – Windenergie“ zum Flächennutzungsplan 2006 der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land

Begründung & Umweltbericht

Fassung zur Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Nachbargemeinden nach § 2 Abs. 2 BauGB

Fassung: Feststellungsbeschluss

Stand: 18.04.2018

Bearbeitung:



Ausfertigungsvermerk

Die vorgelegte Fassung stimmt mit den Inhalten des
Feststellungsbeschlusses überein.

Jürgen Gundaeker
Bürgermeister



23. SEP. 2019

Zweibrücken, den ____ 2019

I	RECHTSGRUNDLAGEN	4
II	VERFAHREN	5
1	Aufstellungsbeschluss (§ 2 Abs. 1 BauGB)	5
2	Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB)	5
3	Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB) und der Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB)	5
4	Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB) und der Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB)	5
5	Öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB)	5
6	Genehmigung (§ 6 Abs. 1 BauGB)	5
7	Bekanntmachung (§ 6 Abs. 5 BauGB)	6
III	WESENTLICHE INHALTE, ZIELE, ZWECKE UND AUSWIRKUNGEN DER PLANUNG	7
1	Erfordernis der Planung, Planungsziele und -grundsätze	7
1.1	Planungsanlass, Planungserfordernis, Durchführung	7
1.2	Planungsziele	8
1.3	Erfordernis der Planung	8
1.4	Genehmigungsverfahren	8
2	Planungsgrundlagen	9
2.1	Landesplanung	9
2.2	Regionalplanung	12
2.3	Flächennutzungsplan	13
3	Teiländerung „15-Windenergie“	13
3.1	Gemeinde Riedelberg	14
3.2	Gemeinde Großbundenbach und Käshofen	14
4	Wesentliche Auswirkungen der Planung	16
4.1	Altlasten	16
4.2	Arbeitsmarkt	17
4.3	Denkmalschutz	17
4.4	Leitungen, Richtfunk und Flugsicherheit	17
4.5	Emissionen	17
4.6	Klimaschutz	17
4.7	Flächenversiegelung/ Bodenschutz	17
4.8	Landschaftsbild/ Tourismus	17
4.9	Landwirtschaft	17
4.10	Natur- und Artenschutz	17
5	Hinweise	18
5.1	Luftfahrt	18
5.2	Straßenverkehr	18
5.3	Oberflächenentwässerung	19
5.4	Bodenschutz	19
5.5	Denkmalschutz	19

5.6	Bergbau/Altbergbau:	20
5.7	Bundeswehr – Übungsgebiet „POLYGONE“	20
5.8	Natur- und Artenschutz	20
6	Fazit	22
IV	UMWELTBERICHT	23
1	Einleitung (gem. Nr. 1 der Anlage 1 zum BauGB)	23
1.1	Inhalte und Ziele der Flächennutzungsplanteiländerung	23
1.2	Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung	23
1.3	Ziele des Umweltschutzes in Fachgesetzen und Fachplänen und ihre Berücksichtigung bei der Planaufstellung	25
2	Inhalte der Umweltprüfung (gem. Nr. 2 und 3 der Anlage 1 zum BauGB)	27
2.1	Planfall sowie vorhandene umweltrelevante Informationen	28
2.2	Bestandsaufnahme und Prognose bei Durchführung und Nichtdurchführung der Planung des Umweltzustands sowie Beschreibung von Vermeidungs-/Minderungs- und Ausgleichsmaßnahmen	28
3	Maßnahmen zur Vermeidung, zur Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen	41
4	Prüfung anderweitiger Planungsmöglichkeiten	41
5	Verwendete technische Verfahren und Hinweise auf Schwierigkeiten	41
6	Maßnahmen zur Überwachung	41
7	Allgemeinverständliche Zusammenfassung	41
V	ANLAGEN	43

I RECHTSGRUNDLAGEN

- **Baugesetzbuch** (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634).
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (**Baunutzungsverordnung – BauNVO**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786).
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (**Planzeichenverordnung – PlanZV**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert am 04.05.2017 (BGBl. I S. 1057).
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (**Bundesnaturschutzgesetz –BNatSchG**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert am 15.09.2017 (BGBl. I S. 3434).
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (**Bundes-Bodenschutzgesetz – BBodSchG**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.03.1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert am 27.09.2017 (BGBl. I S. 3465).
- **Wasserhaushaltsgesetz** (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert am 18.07.2017 (BGBl. I S. 2771).
- **Bundes-Immissionsschutzgesetz** (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt am 18.07.2017 (BGBl. I S. 2771).
- **Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung** (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert am 08.09.2017 (BGBl. I S. 3370).
- **Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung** (BBodSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12.07.1999 (BGBl. I S. 1554), zuletzt geändert am 27.09.2017 (BGBl. I S. 3465).
- **Landesbauordnung** (LBauO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365), zuletzt geändert am 15. 06. 2015 (GVBl. S. 77).
- **Landesplanungsgesetz** (LPIG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.04.2003 (GVBl. 2003, S. 41), zuletzt geändert am 06.10.2015 (GVBl. S. 283, 295).
- **Gemeindeordnung** (GemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert am 02.03.2017 (GVBl. S. 21).
- Landesgesetz zum Schutz und zur Pflege der Kulturdenkmäler (**Denkmalschutzgesetz – DSchG**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.03.1978 (GVBl. S. 159), zuletzt geändert am 03.12.2014 (GVBl. S. 245).
- **Landeskreislaufwirtschaftsgesetz** (LKrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.11.2013 (GVBl. S. 459), zuletzt geändert am 22.12.2015 (GBI. S. 471).
- Wassergesetz für das Land Rheinland-Pfalz (**Landeswassergesetz – LWG**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.2015 (GVBl. S. 127), zuletzt geändert am 22.09.2017 (GVBl. S. 237).
- **Landesbodenschutzgesetz** (LBodSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.07.2005 (GVBl. S. 302), zuletzt geändert am 06.10.2015 (GVBl. S. 283, 295).

II VERFAHREN

1 Aufstellungsbeschluss (§ 2 Abs. 1 BauGB)

Der Verbandsgemeinderat der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land hat am 24.09.2015 den Beschluss über die Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2006 für die Ausweisung von Flächen für die Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie gem. § 2 Abs. 1 BauGB gefasst.

2 Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB)

Die Öffentlichkeit wurde im Rahmen einer öffentlichen Auslegung im Zeitraum vom 10.10.2016 bis 10.12.2016 über die Planungen informiert. Der Zeitraum der Auslegung wurde ortsüblich bekannt gemacht.

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit wurden insgesamt 9 Stellungnahmen abgegeben. Die relevanten Aussagen wurden soweit als erforderlich in die Unterlagen zum Bebauungsplan aufgenommen.

3 Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB) und der Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB)

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und die Nachbargemeinden wurden mit Schreiben vom 24.11.2016 unter Beifügung des Vorentwurfs über die Planung unterrichtet und zur Äußerung bis zum 13.01.2017 aufgefordert.

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden insgesamt 46 Stellungnahmen abgegeben. Die relevanten Aussagen wurden soweit als erforderlich in die Unterlagen zum Bebauungsplan aufgenommen.

4 Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB) und der Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB)

Die Behörden, die Träger öffentlicher Belange und sonstiger Stellen sowie die Nachbargemeinden wurden mit Schreiben vom 10.01.2018 über die Planung unterrichtet und zur Äußerung bis zum 16.02.2018 aufgefordert.

5 Öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB)

Die Öffentlichkeit wurde im Rahmen einer öffentlichen Auslegung im Zeitraum vom 19.01.2018 bis 19.02.2018 über die Planungen informiert. Der Zeitraum der Auslegung wurde ortsüblich bekannt gemacht.

6 Abwägung und endgültige Beschlussfassung

Der Verbandsgemeinderat der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land hat in seiner Sitzung am 26.04.2018 die die Teiländerung „15 – Windenergie“ zum Flächennutzungsplan 2006 der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land beschlossen.

7 Genehmigung (§ 6 Abs. 1 BauGB)

Die Genehmigung erfolgte mit Schreiben vom __. __. ____, Az.: _____.

8 Bekanntmachung (§ 6 Abs. 5 BauGB)

Die Genehmigung der Teiländerung „15 – Windenergie“ wurde am _____ ortsüblich bekannt gemacht. In der Bekanntmachung wurde darauf hingewiesen, dass die Teiländerung „15 – Windenergie“ zum Flächennutzungsplan 2006 der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 Abs. 5 BauGB während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht bereit gehalten wird.

III WESENTLICHE INHALTE, ZIELE, ZWECKE UND AUSWIRKUNGEN DER PLANUNG

1 Erfordernis der Planung, Planungsziele und -grundsätze

1.1 Planungsanlass, Planungserfordernis, Durchführung

Die Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land beabsichtigt für das gesamte Verbandsgemeindegebiet den Flächennutzungsplan für die Ausweisung von Flächen für die Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie zu ändern. Es soll jedoch ein Wildwuchs vermieden werden, sodass die Verbandsgemeinde mithilfe des Flächennutzungsplanes die Errichtung von Windenergieanlagen weiterhin steuern möchte. Die Flächennutzungsplanänderung erhält die Bezeichnung „15 - Windenergie“ zum Flächennutzungsplan 2006 Zweibrücken –Land“.

Der Nutzung erneuerbarer Energien und damit einhergehend der Windenergienutzung kommt im Hinblick auf die Belange der Luftreinhaltung, des Klimaschutzes und der Ressourcenschonung eine steigende Bedeutung zu.

Das Land Rheinland-Pfalz forciert vor diesem Hintergrund den Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien und verfolgt das Ziel, bis 2030 bilanziell den verbrauchten Strom zu 100 % aus erneuerbaren Energien zu gewinnen. Das Land will auf diesem Wege ab 2030 zum Stromexportland werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wird angestrebt, bereits bis zum Jahr 2020 die Stromerzeugung aus Windkraft zu verfünffachen und mindestens zwei Prozent der Fläche des Landes Rheinland-Pfalz für die Windenergienutzung bereit zu stellen. Um diesem Anliegen Rechnung zu tragen, erfolgte die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms um die Thematik Erneuerbare Energien. Diese trat am 11. Mai 2013 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom 10. Mai 2013) in Kraft.

Damit entsteht für die Gemeinden das Erfordernis, die Windenergienutzung im Gemeindegebiet neu zu bewerten und weitergehend zu steuern. Der Abwägungsbedarf und die kommunale Verantwortung im Rahmen der Bauleitplanung werden dadurch erhöht.

Die Gemeinden sollen künftig außerhalb der geplanten Vorrang- und Ausschlussgebiete, gem. des Landesentwicklungsprogramms, über die Darstellung von Konzentrationsflächen für die Windenergienutzung in den Flächennutzungsplänen ihren Beitrag zur Energiewende leisten. Der Planungsspielraum der Kommunen wird wesentlich erweitert. Alle Räume außerhalb der künftig durch die Regionalplanung festgelegten Vorrang- und Ausschlussgebiete stehen der kommunalen Bauleitplanung und potentiellen Investoren offen. Ferner besteht die Möglichkeit, in den Gebieten außerhalb der Konzentrationszonen die Nutzung von Windenergie auszuschließen.

Auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung ist insofern auch die Verbindung der Darstellung von Konzentrationsflächen mit einem generellen Ausschluss der Errichtung von Windenergieanlagen außerhalb dieser Zonen zulässig (Planvorbehalt, vgl. § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB). Eine Negativplanung, die darauf gerichtet ist, derartige Anlagen überhaupt zu verhindern, ist rechtlich nicht zulässig.

Wenn die Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land auf die Standorte künftiger Windenergieanlagen Einfluss nehmen will, ist eine planungsrechtliche Steuerung auf Ebene der Flächennutzungsplanung unumgänglich.

Die Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land beabsichtigt die Aufnahme von Konzentrationsflächen für die Windenergienutzung in den Flächennutzungsplan.

Im Auftrag der Verbandsgemeinde wurde eine Windpotentialstudie ausgearbeitet. In diesem Gutachten werden verschiedene Flächenpotentiale für die Windenergienutzung in der Verbandsgemeinde identifiziert. Der aktuell rechtskräftige Flächennutzungsplan weist zwei Sondergebiete für Windenergie in den Ortsgemeinden Riedelberg und Walshausen aus. Das Planwerk wurde im Jahr 2006 aufgestellt und beschlossen. Durch diese Flächen entstand ein sog. Planvorbehalt der die Errichtung von Windkraftanlagen an anderer Stelle im Verbandsgemeindegebiet ausschloss. Dieser Planvorbehalt ist

aufgrund der Fortschreibung der Landes- und Regionalplanung überholt und nicht mehr rechtskräftig. Die Ausschlusswirkung an anderen Standorten wie in Riedelberg und Walshausen ist nicht mehr gegeben.

Zur Steuerung der Windenergienutzung in der Verbandsgemeinde Zweibrücken hat die Verbandsgemeinde die Teiländerung „15 – Windenergie“ zum Flächennutzungsplan auf Basis der vorliegenden Windpotentialstudie beschlossen.

1.2 Planungsziele

Mit der Umsetzung der Planung werden die nachfolgenden Ziele verfolgt:

- Steuerung und Ausbau der Windenergienutzung in der Verbandsgemeinde
- Schaffung eines rechtskräftigen Planvorbehalts (Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergie, Ausschluss der Nutzung an anderer Stelle)
- Konzentration der Windenergieanlagen an einzelnen Standorten
- Beitrag zur Energiewende in Rheinland-Pfalz

Hierbei sollen auch die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes sowie die Belange der Siedlungsnutzungen ausreichend berücksichtigt werden.

Das Windpotentialstudie identifiziert potentielle Standorte für Windkraftanlagen in den Gemarkungen von drei Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land:

- Großbundenbach
- Käshofen
- Riedelberg

Im Rahmen der Teiländerung des Flächennutzungsplanes wurden diese potentiellen Standorte weitergehend geprüft und mit den Behörden, den Trägern öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit abgestimmt. Die Ergebnisse sind in den weiteren Kapiteln nachvollziehbar dargestellt.

1.3 Erfordernis der Planung

Nach § 1 Abs. 3 BauGB sind Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung in einer Kommune erforderlich ist. Die vorliegende Planung ist erforderlich, um die Umsetzung der Windenergie im Verbandsgemeindegebiet zu koordinieren und Kennzeichnungen an die aktuellen, übergeordneten Planungen anzupassen (Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms um die Thematik Erneuerbare Energien).

1.4 Genehmigungsverfahren

Gemäß § 35 Abs. 1 Ziffer 5 BauGB sind Anlagen der Windenergie im Außenbereich grundsätzlich als privilegierte Bauvorhaben zulässig.

Für die Errichtung der Anlagen muss der Vorhabenträger einen Genehmigungsantrag nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz bei der Kreisverwaltung als zuständige Genehmigungsbehörde einreichen. In diesem BImSch-Antrag werden insbesondere die immissionsschützenden Kriterien für den entsprechenden Einzelfall geprüft, hierbei insbesondere Lärm und Schattenschlag sowie die artenschutzrechtlichen Konfliktpotenziale (Vogelschutz etc.) ermittelt und Maßnahmen festgelegt. Dies kann auch zur Ablehnung des Bauantrages führen. Aufgrund der Höhe der Anlagen muss auch eine raumplanerische Prüfung durchgeführt werden.

Die Ausweisung eines Sondergebietes „Windpark“ im Rahmen der Teiländerung des Flächennutzungsplanes generiert kein generelles Baurecht. In dem ausgewiesenen Bereich. Es werden nur Konzentrationsflächen ausgewiesen, in denen Windenergieanlagen möglich sind. Anlagentyp, Anzahl oder auch die Höhe der einzelnen Anlagen können nur in einem Bebauungsplan festgelegt

werden. Durch die Ausweisung von Sondergebieten für die Windenergienutzung erfolgt ein Ausschluss von raumbedeutsamen Windenergieanlagen gemäß § 35 Abs. 3 Nr. 1 außerhalb der Konzentrationsflächen, die ansonsten als privilegierte Anlagen gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB generell in der Verbandsgemeinde zulässig wären.

2 Planungsgrundlagen

2.1 Landesplanung

Im Landesentwicklungsprogramm (LEP) IV, Teilfortschreibung Erneuerbare Energien wurden die bereits eingangs beschriebenen Ziele formuliert. Des Weiteren werden hier bereits Vorgaben bzw. Restriktionen festgelegt, d.h. Flächen, die für die Windenergienutzung nicht zur Verfügung stehen.

Generelle Ausschlüsse von Windkraftanlagen in Vorranggebieten für andere Nutzungen oder in sonstigen Schutzgebieten mit Zielcharakter erfolgen nicht, soweit die Errichtung von Windenergieanlagen mit dem Schutzzweck vereinbar ist. Auch FFH- und Vogelschutzgebiete stehen einer Ausweisung von Windenergiestandorten nur dann entgegen, wenn die Windenergienutzung zu einer erheblichen Beeinträchtigung des jeweiligen Schutzzweckes führen und eine Ausnahme nicht erteilt werden kann. Dies ist im Rahmen vorliegender Untersuchung - insbesondere im Rahmen des Feinscreenings - zu prüfen.

Die außerhalb der vorgenannten Gebiete und der Vorranggebiete liegenden Räume sind der Steuerung durch die Bauleitplanung in Form von Konzentrationsflächen vorbehalten. Dabei sind im jeweiligen Planungsraum Gebiete mit hoher Windhöflichkeit im Sinne einer effektiven Energieausbeute vorrangig zu sichern. Die Ausrichtung der Standorte für Windenergieanlagen an der Windhöflichkeit trägt auch zu einer Konzentration der Anlagen an geeigneten Standorten und damit zu einem Schutz des Landschaftsbildes bei. Die abschließende Festlegung eines Grenzwertes für die Windhöflichkeit ist nicht möglich, da aufgrund der technischen Entwicklung und der verschiedenen Anlagentypen unterschiedliche Größenordnungen der Windhöflichkeit zu einem wirtschaftlichen Betrieb führen können. Hinweise zur Windhöflichkeit lassen sich aus den Regelungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) entnehmen. So kann eine Größenordnung von 80 % des EEG-Referenzertrages im Allgemeinen als Grundlage für einen wirtschaftlichen Betrieb von Windenergieanlagen angesehen werden. Dieser Ertrag wird in der Regel erst an Standorten mit einer durchschnittlichen Jahreswindgeschwindigkeit von 5,8 bis 6,0 m/s in 100 m über Grund erreicht.

Durch die Ausweisung von Vorranggebieten und Konzentrationsflächen soll eine Bündelung der Netzinfrastruktur erreicht werden (Grundsatz 163f). Einzelne Windenergieanlagen sollen grundsätzlich nur an solchen Standorten errichtet werden, an denen der Bau weiterer Anlagen im räumlichen Verbund planungsrechtlich möglich ist.“

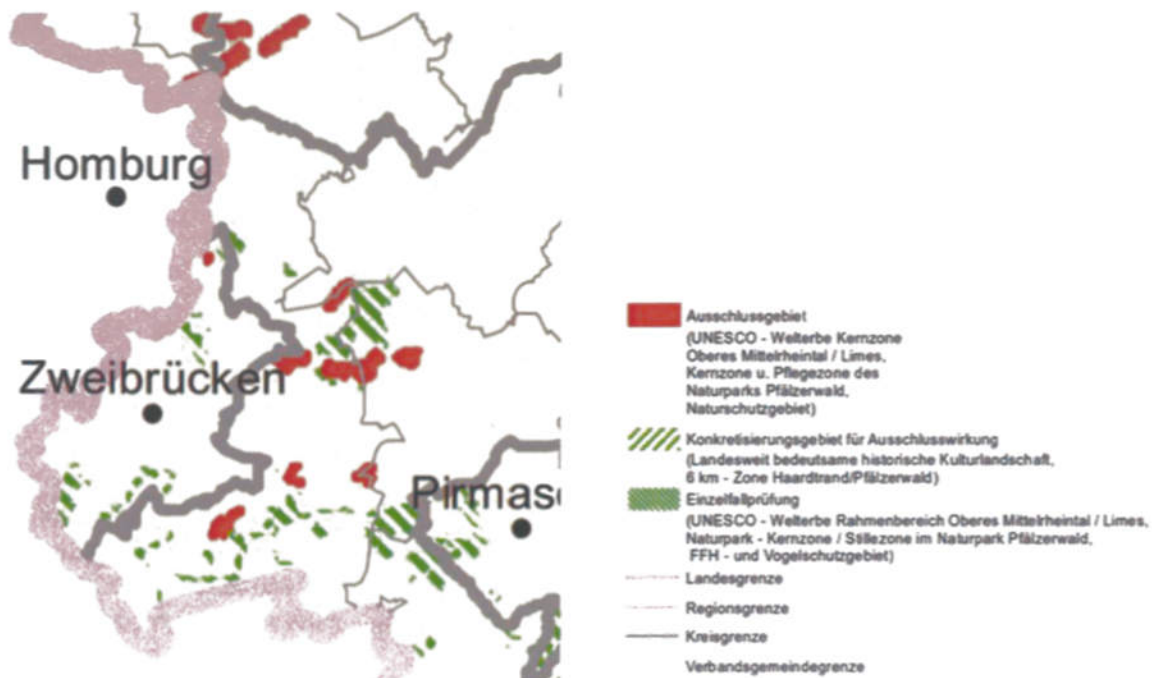


Abbildung 1: Auszug aus der Karte "Ausschlüsse und Beschränkungen Windenergienutzung" der Teilfortschreibung des LEP IV Rheinland-Pfalz

Der für das Erreichen der klima- und energiepolitischen Ausbauziele notwendige Flächenbedarf liegt in einer Größenordnung von ca. zwei Prozent der Landesfläche, der insbesondere durch den Flächenbedarf für die Errichtung von Windenergieanlagen verursacht wird. Die erforderlichen Flächen sollen gemeinsam von Regional- und Bauleitplanung gesichert werden.

Zur Vollständigkeit sei im Kontext der Teilfortschreibung noch auf die weiterhin gültige Gesamtkarte der Landesentwicklungsprogramms verwiesen (Abbildung 2).

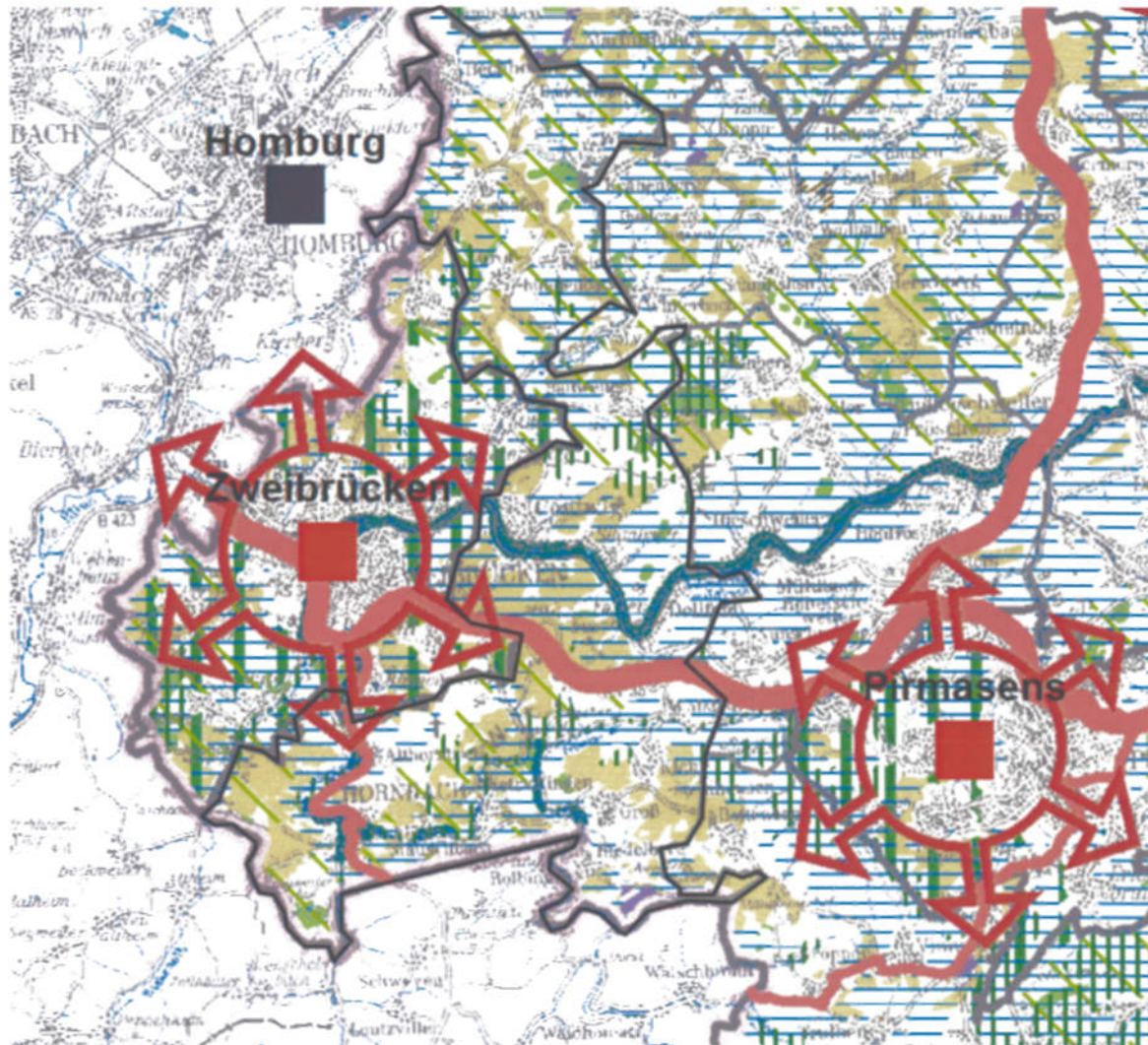


Abbildung 2: Auszug aus dem aktuellen LEP (schwarz markiert die VG Zweibrücken-Land)

Aufbauend auf den bisherigen Teilfortschreibungen wurde das Landesentwicklungsprogramm durch eine weitere Teilfortschreibung fortgeschrieben, die im Juli 2017 in Kraft trat¹.

Mit der ersten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV wurde grundsätzlich festgelegt, dass der geordnete Ausbau der Windenergie durch die Regional- und Bauleitplanung sichergestellt werden soll (G 163). Hierbei weisen die Regionalpläne Vorranggebiete für die Windenergienutzung aus (Z 163 b), die Befugnis für eine abschließende Steuerung durch die Ausweisung von Konzentrationsflächen für die Windenergie wurde auf die Bauleitplanung übertragen (Z 163 e). Die grundsätzliche Aufgabenverteilung zwischen Landesplanung, Regionalplanung und Bauleitplanung wird in der dritten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV beibehalten. Um einen angemessenen Ausgleich zwischen dem Ausbau der Windenergie auf der einen und den Anforderungen des Natur-, Landschafts- und Kulturlandschaftsschutzes sowie den Bedürfnissen der Bevölkerung auf der anderen Seite zu gewährleisten, werden mit der dritten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV durch eine unmittelbar geltende Änderung Nachsteuerungen vorgenommen.

¹ Die Verordnung ist im Gesetz- und Verordnungsblatt vom 20. Juli 2017 (GVBl. Nr. 11, S. 162 ff.) verkündet worden und trat am Tag nach der Verkündung, am 21. Juli 2017, in Kraft.

Hierdurch ergeben sich konkrete Auswirkungen auf zusätzliche Ausschlussstatbestände:

- in den Kernzonen der Naturparke;
- im gesamten Naturpark Pfälzerwald;
- in denjenigen Natura 2000-Flächen, für die die staatliche Vogelschutzwarte im "Naturschutzfachlichen Rahmen zum Ausbau der Windenergie in Rheinland-Pfalz" ein sehr hohes Konfliktpotential festgestellt hat;
- in Wasserschutzbereichen der Zone 1;
- in den Rahmenbereichen der Welterbegebiete Oberes Mittelrheintal und Obergermanisch-Raetischer Limes;
- in landesweit bedeutsamen Kulturlandschaften der Bewertungsstufen 1 und 2 (darüber hinaus können in den regionalen Raumordnungsplänen auch Ausschlüsse in der Bewertungsstufe 3 festgelegt sein);
- in Gebieten mit zusammenhängendem alten Laubholzbestand.

Außerdem wird der bisherige Grundsatz, wonach Windenergieanlagen im räumlichen Verbund (mindestens 3 Anlagen) errichtet werden sollen, zu einem rechtsverbindlichen Ziel aufgestellt werden. Des Weiteren wird ein Mindestabstand von Windenergieanlagen zu reinen, allgemeinen und besonderen Wohngebieten sowie zu Dorf-, Kern- und Mischgebieten von 1.000 Metern, bei Anlagen über 200 Meter Gesamthöhe von 1.100 Metern festgelegt werden.

Diese zusätzlichen Ausschlusskriterien wurden bei der Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land berücksichtigt und bereits im Rahmen der gutachterlichen Untersuchung zur Windenergienutzung mitgeprüft. Die geplanten Sondergebiete „Windpark“ sind mit diesen Kriterien kompatibel.

Die Ergebnisse zu den einzelnen Sondergebieten in der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land werden in den folgenden Kapiteln dargelegt.

2.2 Regionalplanung

Die Ausweisung von Vorranggebieten auf der Ebene der Regionalpläne dient der Konkretisierung der Landesplanerischen Vorgaben und damit der Flächensicherung zum Erreichen der vorgenannten energiepolitischen Zielsetzungen. Die Regionalen Raumordnungspläne waren nach Inkrafttreten der Fortschreibung des LEP IV zeitnah anzupassen. Das Instrument der Regionalplanung zur Ausweisung geeigneter Standorte für die Nutzung der Windenergie kommt für Windenergieparks (drei Anlagen und mehr) und für raumbedeutsame Einzelanlagen zum Einsatz. Raumbedeutsam sind Einzelanlagen ab 50 m Nabenhöhe.

Die Raumbedeutsamkeit einer Anlage kann sich darüber hinaus auch aus dem besonderen Standort der Anlage oder den besonderen Auswirkungen der Anlage auf eine bestimmte, planerisch als Ziel gesicherte Raumfunktion (z.B. besondere Funktion Fremdenverkehr) ergeben.²

Im Regionalen Raumordnungsplan (ROP) Westpfalz vom 06.08.2012 werden unter dem Punkt „II.3.2 Energie“ Ziele und Grundsätze für die Windkraft formuliert, diese werden derzeit allerdings fortgeschrieben. Laut RROP sollte eine geordnete Entwicklung für die Windenergienutzung über regional- oder bauleitplanerische Ausweisung von Vorrang-, Vorbehalts- und Ausschlussgebieten sichergestellt werden (Grundsatz 55).

Innerhalb der Vorranggebiete für Windenergienutzung sind nur Vorhaben bzw. Nutzungsänderungen zulässig, die der Vorrangnutzung nicht entgegenstehen. Außerhalb der Vorrang- und ausschussfreien

² Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz und Landesplanung; Ministerium der Finanzen; Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten und des Ministeriums für Inneres, Sport Infrastruktur in Rheinland-Pfalz: Hinweise für die Beurteilung der Zulässigkeit der Errichtung von Windenergieanlagen in Rheinland-Pfalz (Rundschreiben Windenergie), 28.05.2013, S.3ff.

Gebiete sind Vorhaben und Maßnahmen der Windenergienutzung ausgeschlossen.³ Letzteres hat weite Teile der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land betroffen.

Im Rahmen der Teilfortschreibung, die in vorliegende Untersuchung eingeflossen ist, wird die bisherige Systematik verändert. Hintergrund der Fortschreibung ist die in Kraft getretene Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP IV), Kap. „5.2.1 Erneuerbare Energien“.

Das zuvor angesprochene Kapitel „II.3.2 Energien“ wird im Rahmen der Teilfortschreibung des ROP in Kap. „II.3.2 Erneuerbare Energien“ geändert. Von wesentlicher Bedeutung ist der Wegfall des weitreichenden Ausschlusses von Windenergieanlagen durch die Regionalplanung und damit der deutlich erweiterte Planungsspielraum für die Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land. Weiterhin bleibt das vorrangige Ziel der Sicherung der windhöffigen Gebiete durch Ausweisung als Vorranggebiet.⁴

Die Inhalte des Regionalen Raumordnungsplan (ROP) Westpfalz IV - 1. Teilfortschreibung wurden im Rahmen der Windpotentialstudie berücksichtigt und für die Infrage kommenden Standorte genauer untersucht.

2.3 Flächennutzungsplan

Für die Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land besteht bereits ein Flächenpotential-Gutachten zur Windenergienutzung aus dem Jahr 2003, das als Fachbeitrag zum Flächennutzungsplan (FNP) der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land aus dem Jahr 2006 erarbeitet wurde. Dieses war Grundlage für die Aufnahme von geplanten Sondergebieten "Windpark" in den FNP sowie den Ausschluss von Windenergieanlagen im übrigen Verbandsgemeindegebiet.

Auf der Grundlage der Zielsetzung, die Windenergienutzung weiter auszubauen, sowie daraus resultierender geänderter Kriterien für die Flächenermittlung, soll nun das bestehende Gutachten überprüft und aktualisiert und der Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land vor diesem Hintergrund fortgeschrieben werden.

3 Teiländerung „15-Windenergie“

Die Konzentrationsflächen für Windkraftanlagen werden als Sondergebiete mit der Zweckbestimmung "Windpark" nach § 5 Abs. 2 Nr. 2b BauGB dargestellt. Im Rahmen der Windpotentialstudie wurden verschiedene, in Frage kommende Flächen untersucht und vier potentielle Bereiche in unterschiedlichen Gemeinden der Verbandsgemeinde, unter Berücksichtigung des Konzentrationsgebotes gemäß LEP IV, der Zielsetzung der Flächenvorgabe des Landes Rheinland-Pfalz von 2 % und anhand von städtebaulichen Aspekten, identifiziert.

Die in Aufstellung befindliche 2. Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms der neuen Landesregierung samt angepasster Ausschlussstatbestände wurde ebenfalls berücksichtigt und kann im Detail in den folgenden Kapiteln nachvollzogen werden.

In der Verbandsgemeindesitzung vom 24.09.2015 wurde die Aufnahme dieser Flächen in die Teiländerung „15-Windenergie“ beschlossen. Hierbei handelt es sich um folgende, schraffierte Standorte.

³ Planungsgemeinschaft Westpfalz: Regionaler Raumordnungsplan Westpfalz IV, 2012, S. 56.

⁴ Planungsgemeinschaft Westpfalz: Regionaler Raumordnungsplan (ROP IV) Westpfalz, Teilfortschreibung 2014, Entwurf zur Offenlage und zur Beteiligung, 25.03.2014, S. 4ff.

3.1 Gemeinde Riedelberg

In direkter Nachbarschaft zu bestehenden Anlagen in einem Vorranggebiet für Windenergienutzung bzw. der bestehenden Sondergebiete „Windpark“ können durch die weiteren Flächenpotentiale (Abbildung 3) weitere Windenergieanlagen realisiert werden.

Durch die „Teilfortschreibung 2016 Windenergie“ des LEP IV wird die Ausschlusskulisse angepasst werden. Die Vergrößerung der Abstandsflächen (Mindestabstand) von Windenergieanlagen zu reinen, allgemeinen und besonderen Wohngebieten sowie zu Dorf-, Kern- und Mischgebieten auf 1.000 Meter, bei Anlagen über 200 Meter Gesamthöhe auf 1.100 Meter, verändert die Flächendimension der geplanten Sondergebiete „Windpark“ auf der Gemarkung der Gemeinde.

Aufgrund der Überlagerung mit dem Ausschlussbereich des Rotmilans wurde die Sondergebietsfläche „Windpark“ bei Riedelberg für den Entwurf zur Offenlage geringfügig angepasst (siehe Umweltbericht, Kap. IV2.2.2).

Die daraus resultierenden Flächen (ca. 60 ha) werden schraffiert (Abbildung 3) dargestellt.



Abbildung 3: Sondergebiete in Riedelberg (orange schraffiert)

3.2 Gemeinde Großbundenbach und Kähshofen

Die ursprünglich in Frage gekommen Sondergebiete auf den Gemarkungen Kähshofen und Großbundenbach (Stand: Vorentwurf) können aufgrund nachgewiesener Brut- und Nistplätze der windkraftsensiblen Vogelarten (Uhu, Rot- und Schwarzmilan) nicht weiterverfolgt werden.

Großbundenbach:

Einer Ausweisung der genannten Fläche als „Sondergebiet Windkraft“ ist aus artenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich.

Die Untersuchungen des Instituts für Umweltplanung, Dr. Kübler GmbH aus 2015 bestätigen Uhu-Bruten im Westen und Osten des geplanten Windparks. Die vorgesehene Fläche liegt weit innerhalb des Tabubereiches von 1.000 m (Abstand von 400 m bis ca. 800 m). Die Uhu-Bruten wurden auch 2016 bestätigt.

Zusätzlich ist in den vorliegenden Artenschutz-Gebietssteckbriefen der Horst eines Schwarzmilan-Paares im Bereich „Birking“ aufgeführt, dessen 1.000-Meter-Radius nahezu den gesamten westlichen Teil der überplanten Flächen beinhaltet. Auch der bekannte Rotmilan-Horst westlich Mörsbach überstreicht im 1.000-Meter-Radius den nordwestlichen Teil des Plangebiets.

Der gesamte Bereich ist zudem als Erwartungsbereich mit regelmäßiger Rotmilan-Aktivität einzustufen, wird regelmäßig überflogen und zur Nahrungsaufnahme genutzt.

Die Errichtung eines Windparks ist insbesondere aus Gründen des Artenschutzes (§ 44 BNatSchG) nicht möglich.⁵



Abbildung 4: Ursprünglich geplante Sondergebiet "Windpark" auf der Gemarkung Großbundenbach (Stand: Vorentwurf; gelbe Umrandung veranschaulicht die Berücksichtigung der Abstände durch die LEP-Fortschreibung)

Käshofen:

Eine Ausweisung als Sondergebiet „Windkraft“ ist für die Teilfläche Käshofen-Nord aus naturschutzfachlichen Gründen nicht möglich. Das im Jahr 2015 bereits vermutete Rotmilan-Brutpaar am östlichen Schwobbachtalwald wurde im Jahr 2016 sicher bestätigt. Der überplante Bereich liegt vollständig im 1.000-Meter-Radius des Horstes. Die gesamte überplante Fläche ist zudem als „Erwartungsbereich mit hoher Rotmilan-Aktivität“ einzustufen, wird regelmäßig beflogen und zur Nahrungsaufnahme genutzt. Die naturschutzfachliche Ablehnung der genannten Fläche orientiert sich an dem „Naturschutzfachlichen Rahmen zum Ausbau der Windenergienutzung in Rheinland-Pfalz“ (erstellt von der Staatlichen Vogelschutzwarte und dem LUWG im Auftrag des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Weinbau und Forsten, 2012). Hier ist festgelegt, dass für einen Bereich unter 1.000 Meter zwischen der Fortpflanzungsstätte des Rotmilans und einer Windenergieanlage generell ein Ausschlussbereich vorliegt. Gleiches gilt für den Schwarzmilan. Auch für den Uhu wird ein Kollisionsrisiko bei Beachtung einer Abstandsregelung von unter 1.000 Metern erheblich gemindert.

⁵ Vgl. Stellungnahme der Kreisverwaltung Südwestpfalz, Untere Naturschutzbehörde, vom 12.12.2016.

Das Sondergebiet Kāshofen-Sūd ist ebenfalls aufgrund von artenschutzrechtlichen Konflikten auszuschließen. Die bekannten Horste von Rot- und Schwarzmilan zwischen Kāshofen und Groẑbundenbach überstreichen mit ihren 1.000-Meter-Radien den gesamten Teil westlich der L 468.

Aktuelle Raumnutzungsanalysen für Rot- und Schwarzmilan zeigen die hohe Bedeutung der überplanten Flächen und schließen den Westteil der L 468 von jeglicher Bebauung aus. Daneben ist seit 2016 eine Brut des Rotmilans östlich des Schwobbachtales bekannt.⁶ Die verbliebene Fläche ist aufgrund der zu geringen Gröẑe vor dem Hintergrund des Zieles von mindestens drei Anlagen im räumlichen Verbund auszuschließen (Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV).



Abbildung 5: Ursprünglich geplantes Sondergebiet "Windpark" auf der Gemarkung Kāshofen (Stand: Vorentwurf, gelbe Umrandung veranschaulicht die Berücksichtigung der Abstände durch die LEP-Fortschreibung)

Eine Ausweisung als Sondergebiet „Windpark“ ist somit ausgeschlossen.

4 Wesentliche Auswirkungen der Planung

4.1 Altlasten

Im Genehmigungsverfahren ist das Vorkommen von Altlasten (Altstandorte, Altablagerungen) sowie detaillierte Informationen über Art, Gefährdungspotential und möglichen Restriktionen bezüglich der Nutzbarkeit bei der zuständigen Unteren Bodenschutzbehörde einzuholen und möglicherweise erforderliche Maßnahmen mit ihr abzustimmen.

⁶ Vgl. Stellungnahme der Kreisverwaltung Südwestpfalz, Untere Naturschutzbehörde, vom 12.12.2016.

4.2 Arbeitsmarkt

Die Ausweisung der Sondergebiete und die dadurch ermöglichte Errichtung von Windenergieanlagen wirken sich positiv auf den Arbeitsmarkt der regenerativen Energien aus. Nicht nur durch den Bau auch die Wartung der Anlagen führt langfristig zu Arbeitsplätzen in der Verbandsgemeinde.

4.3 Denkmalschutz

Die Belange wurden soweit möglich bereits berücksichtigt. Im weiteren Genehmigungsverfahren wird hier bei einzelnen Sondergebieten eine Feinjustierung erfolgen.

4.4 Leitungen, Richtfunk und Flugsicherheit

Die Belange wurden soweit möglich bereits berücksichtigt. Im weiteren Genehmigungsverfahren wird hier bei einzelnen Sondergebieten eine Feinjustierung erfolgen.

4.5 Emissionen

Den Belangen wird durch die Einhaltung der Abstandsflächen gem. der LEP IV Fortschreibung und der TA Lärm gegenüber den Siedlungskörper der Gemeinde bzw. derer Aussiedlerhöfe Rechnung getragen. Bei der konkreten Standortfestlegung im Genehmigungsverfahren werden die Belange berücksichtigt.

4.6 Klimaschutz

Durch die Ausweisung von Sondergebieten „Windpark“ wird von der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land ein Beitrag zum landesweiten Klimaschutz beigetragen.

4.7 Flächenversiegelung/ Bodenschutz

Windenergieanlagen benötigen vergleichsweise einen geringen Anteil an (neu)versiegelten Flächen. Dieser Eingriff wird im Rahmen der folgenden Genehmigungsverfahren reguliert und somit ausgeglichen werden. Bei der Errichtung und Wartung der Anlagen können bestehende Verkehrsinfrastruktureinrichtungen darunter auch die Landwirtschaftswege genutzt werden, die in Teilbereichen an die Anforderungen angepasst werden müssen. Hierbei handelt es sich um ein geringfügiges Maß.

4.8 Landschaftsbild/ Tourismus

Die geplanten Windenergieanlagen innerhalb der Verbandsgemeinde befinden sich überwiegend auf landwirtschaftlich genutzten Ackerflächen. Windenergieanlagen führen in der Regel immer zu einer Beeinträchtigung des Landschaftsbildes. Durch die bundesweit verstärkte Verbreitung hat sich ein Gewöhnungseffekt in der Gesellschaft verfestigt. Und können aufgrund der positiven Aspekte gegenüber dem Klimaschutz hingenommen werden. Die Auswirkungen auf den Tourismus sind geringfügig. Daneben erfolgt eine Ausweisung des Sondergebietes in direkter Nachbarschaft zu Bestandsanlagen.

4.9 Landwirtschaft

Wie unter 4.7 bereits beschrieben ist der Anteil der neuversiegelten Fläche vergleichsweise gering. Der Verlust von einzelnen Teilflächen, die bislang durch die Landwirtschaft bewirtschaftet wurden, hierbei werden die positiven klimatischen Auswirkungen als qualitativ wichtiger beurteilt und höher eingestuft.

4.10 Natur- und Artenschutz

Eine ausführliche Auseinandersetzung der Auswirkungen gegenüber den Schutzgütern wird im folgenden Umweltbericht beschrieben und bewertet. Grundlage des Umweltberichts sind sämtliche vorliegenden Informationen, die im Rahmen der Windpotentialstudie erfasst, sowie durch weitere Ermittlungen und

Begehungen als auch durch Äußerungen im Rahmen der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung zusammengetragen wurden.

5 Hinweise

5.1 Luftfahrt

Im Fall des § 12 Abs. 3 Nr. 2b LuftVG (Beschränkung auf eine Bauhöhe von 100 m bezogen auf den Flughafenbezugspunkt) können im Bauschutzbereich des Verkehrslandeplatzes Zweibrücken bauliche Anlagen nach Einzelfallprüfung ggf. zugelassen werden. Der Flughafenbezugspunkt des Flughafens liegt im Vergleich zum umgebenden Gelände relativ hoch.

Ohne Zustimmung der Luftfahrtbehörde ist eine Errichtung von Windkraftanlagen hier dennoch nicht möglich. Dieser Bereich wurde ebenso wie der Bereich gem. § 12 Abs. 3 Nr. 1b LuftVG (hier ist ebenfalls eine Bauhöhe von 100 m, bezogen auf den Flughafenbezugspunkt, möglich, es handelt sich allerdings lediglich um den äußeren Bereich des 6 km-Umkreises) als Restriktion behandelt (siehe Flächenpotential-Gutachten zur Nutzung der Windenergie in der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land (November 2015)).

Diese Vorgaben wurden im Rahmen der FNP-Teiländerung durch den Verbandsgemeinderat bestätigt und in die Abwägung eingestellt. Das Verfahren zur Abstufung des Flughafens zum Sonderlandeplatz wurde berücksichtigend zur Kenntnis genommen.

Gemäß § 14 LuftVG ist auch außerhalb des Bauschutzbereiches für die Erteilung einer Baugenehmigung die Zustimmung der Luftfahrtbehörde erforderlich, wenn

1. die Bauwerke eine Höhe von 100 m über der Erdoberfläche überschreiten und
2. wenn die Spitze von Bauwerken mit einer Höhe von mehr als 30 m auf natürlichen oder künstlichen Bodenerhebungen 100 m über die höchste Bodenerhebung im Umkreis von 1,6 km um die für die Anlage vorgesehene Bodenerhebung hinausragt. Im Umkreis von 10 Kilometer Halbmesser um einen Flughafenbezugspunkt gilt als Höhe der höchsten Bodenerhebung die Höhe des Flughafenbezugspunktes.

Der Sachverhalt wird im Rahmen des anschließenden Genehmigungsverfahrens berücksichtigt.

5.2 Straßenverkehr

Für die Errichtung von Windenergieanlagen empfiehlt der Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz die Berücksichtigung folgender Anforderungen im weiteren Verfahren:

1. Aus Gründen der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs empfehlen wir als Mindestabstand der Windenergieanlagen zum äußeren Rand der befestigten Fahrbahnen der klassifizierten Straßen die Kipphöhe einzuhalten ($\text{Kipphöhe} = \frac{1}{2} \text{ Fundamentdurchmesser} + \text{Nabenhöhe} + \frac{1}{2} \text{ Rotordurchmesser}$). Unabhängig von der v. g. Empfehlung muss der Abstand der Windenergieanlagen zum äußeren Rand der befestigten Fahrbahn der klassifizierten Straße mindestens der Baubeschränkungszone entsprechen. Eine Zustimmung zum Bau in der Baubeschränkungszone wird nicht erteilt. Zulässig ist, dass der Rotor in die Baubeschränkungszone hineinragt, jedoch nicht in die Bauverbotszone. Da der Rotor Bestandteil der Windenergieanlage ist, bedarf dies jedoch unserer Zustimmung gemäß § 9 Abs. 2 FStrG bzw. § 23 Abs. 1 LStrG. Im Einzelfall können wir die Einhaltung eines größeren Abstandes als die Baubeschränkungszone verlangen, wenn dies zur Einhaltung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs geboten ist. Dies bedarf jedoch einer Begründung und ist ggf. durch ein Gutachten zu belegen. Die Begründung muss nachvollziehbar sein und ist aus den konkreten örtlichen Gegebenheiten bezogen aus den Einzelfall herzuleiten. Die Kosten des Gutachtens sind gem. § 13 Abs. 1 der 9. BImSchV i. V. mit § 10 Abs. 1 Nr. 5 LGebG vom Antragsteller zu tragen.
2. Sofern die Erschließung mittels einer Zufahrt zu einer klassifizierten Straße (Bundes-, Landes- bzw. Kreisstraße), außerhalb einer Ortsdurchfahrt erfolgt, hat die Zufahrt mindestens gem. der

aktuell gültigen Richtlinie für die Anlage von Straßen zu entsprechen. Dies stellt zudem Sondernutzung dar und es fallen Sondernutzungsgebühren an.

3. In Bezug auf die zu erwartenden Baustellen/Schwerverkehre und Sondertransporte im Zusammenhang mit der Errichtung der Windenergieanlagen sind dem Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz im Rahmen des noch folgenden Verfahrens zur Schaffung des Baurechts, rechtzeitig vor Baubeginn, die geplanten Fahrtrouten zur Prüfung vorzulegen. Hierdurch soll bereits im Vorfeld möglichen Problemen, welche sich durch die Baustellenverkehre für die klassifizierten Straßen in den Zuständigkeitsbereichen ergeben könnten, entgegengewirkt werden können.
4. Der Landesbetrieb weist darauf hin, dass vom Antragsteller Beschädigungen an den öffentlichen Straßen (Fahrbahnen, Bankette, Entwässerungseinrichtungen etc.) im Zuständigkeitsbereich (Definition siehe §§ 1ff Landesstraßengesetz (LStrG) bzw. Bundesfernstraßengesetz (FStrG)) und deren Straßenausstattung (Schutzplanken, Verkehrszeichen etc.), die bedingt durch den Bau und den Betrieb der Anlagen entstehen können, grundsätzlich, ggfls. auch durch präventive Maßnahmen, zu vermeiden sind. Sollten dennoch Schäden im Zuge dieser Straßen auftreten, insbesondere während der Bauphase beim Einsatz von Schwerverkehr, sind diese vom Antragsteller umgehend zu beseitigen bzw. dem Straßenbaulastträger zu ersetzen. Je nach Schadensbild kann dies auch eine ggfls. umfangreiche, großflächige und eine evtl. substantielle Sanierung (Erneuerung) der Straße zur Folge haben. Den Umfang der erforderlichen Sanierungsarbeiten legt der Straßenbaulastträger fest.
5. Der Landesbetrieb weist ferner darauf hin, dass die Genehmigungsbehörden aufgerufen sind, die von den Anlagen für Leib und Leben der Verkehrsteilnehmer sowie den Bestand der Straßen ausgehenden Gefahren und Beeinträchtigungen (wie z. B. Eisabwurf, Verlust von Rotorblättern, Brand, Disco-Effekte) zu bewerten und diesen ggfl. durch geeignete Auflagen in den Genehmigungen soweit wie möglich entgegen zu wirken.

Der Sachverhalt wird im Rahmen des anschließenden Genehmigungsverfahrens berücksichtigt.

5.3 Oberflächenentwässerung

Das im Bereich der Windenergieanlagen, der Stellflächen und Zuwegungen anfallende nichtbehandlungsbedürftige Niederschlagswasser ist zurückzuhalten (z.B. in flachen Geländemulden) bzw. breitflächig und ohne Schädigung Dritter über die belebte Bodenzone zur Versickerung zu bringen.

5.4 Bodenschutz:

Sofern in die Altablagerungen registrierte Altablagerung (Bodenschutzkataster des Landes Rheinland-Pfalz, Reg. Nr 340 08 221-204) eingegriffen wird, ist die SGD Süd als Obere Bodenschutzbehörde zu beteiligen. Der Sachverhalt wird im Rahmen des anschließenden Genehmigungsverfahrens bei der Standortfestlegung berücksichtigt.

Allgemeine Hinweise vor Umsetzung der späteren immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von Windenergieanlagen: Bei Eingriffen in den Baugrund sind grundsätzlich die einschlägigen Regelwerke (u.a. DIN 4020, DIN EN 1997-1 und -2, DIN 1054) zu berücksichtigen. Für alle Windenergieanlagen werden standortbezogene Baugrunduntersuchungen empfohlen. In hängigem Gelände ist das Thema Hangstabilität in die geotechnischen Untersuchungen einzubeziehen.

5.5 Denkmalschutz

Die Generaldirektion Kulturelles Erbe – Direktion Landesarchäologie nennt im Bereich der geplanten Sondergebiete „Windpark“ auf der Gemarkung Riedelberg mehrere Fundstellen mit römischen Siedlungsbefunden (Fdst. Riedelberg 1, 3a, 4 und 6), den Verlauf einer Römerstraße sowie ein vorgeschichtliches Hügelgrab (Fdst. Riedelberg 8), sowie Einzelfunde aus der Steinzeit (Fdst. Kröppen 10). Der Träger stellt an das anschließende Verfahren folgende Anforderungen:

1. Bei der Vergabe der vorbereitenden Baumaßnahmen (wie Mutterbodenabtrag) hat der Planungsträger bzw. die Gemeindeverwaltung, sowie für die späteren Erdarbeiten der Bauträger/ Bauherr, die ausführenden Baufirmen vertraglich zu verpflichten, mit dem Träger zu gegebener Zeit (mind. 4 Wochen im Voraus) die Vorgehensweise und Terminierung der Arbeiten in Schriftform abzustimmen, damit er diese überwachen kann.
2. Die ausführenden Baufirmen sind eindringlich auf die Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes (DSchG) vom 23.3.1978 (GVBl., 1978, S. 159 ff), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.11.2008 (GVBl., 2008, S. 301) hinzuweisen. Danach ist jeder zutage kommende, archäologische Fund unverzüglich zu melden, die Fundstelle soweit als möglich unverändert zu lassen und die Gegenstände sorgfältig gegen Verlust zu sichern.
3. Absatz 1 und 2 entbinden Bauträger/ Bauherren bzw. entsprechende Abteilungen der Verwaltung jedoch nicht von der Meldepflicht und Haftung gegenüber des Trägers.
4. Sollten wirklich archäologische Objekte angetroffen werden, so ist dem Träger ein angemessener Zeitraum einzuräumen, damit er seiner Rettungsgrabungen, in Absprache mit den ausführenden Firmen, planmäßig den Anforderungen der heutigen archäologischen Forschung entsprechend durchführen kann. Im Einzelfall ist mit Bauverzögerungen zu rechnen. Je nach Umfang der evtl. notwendigen Grabungen sind von Seiten der Bauherren/Bauträger finanzielle Beiträge für die Maßnahmen erforderlich.
5. Der Träger weist extra darauf hin, dass die Meldepflicht besonders für die Maßnahmen (Mutterbodenabtrag) zur Vorbereitung der Baumaßnahmen gilt.
6. Die Punkte 1–5 sind auch in die Bauausführungspläne als Auflagen zu übernehmen.

5.6 Bergbau/Altbergbau:

Die Prüfung ergab, dass im Bereich der ausgewiesenen Flächen zur Teiländerung „15-Windenergie“ kein Altbergbau dokumentiert ist und kein aktueller Bergbau unter Bergaufsicht erfolgt.

Das Landesamt für Geologie und Bergbau bittet darum zu beachten, dass die Unterlagen keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, da grundsätzlich die Möglichkeit besteht, dass nicht dokumentierter historischer Bergbau stattgefunden haben kann, Unterlagen im Laufe der Zeit nicht überliefert wurden bzw. durch Brände oder Kriege verloren gingen.

Sollte bei den geplanten Bauvorhaben auf Indizien für Bergbau gestoßen werden, empfiehlt das Landesamt spätestens dann die Einbeziehung eines Baugrundberaters bzw. Geotechnikers zu einer objektbezogenen Baugrunduntersuchung.

5.7 Bundeswehr – Übungsgebiet „POLYgone“

Ob und inwiefern eine Beeinträchtigung der militärischen Interessen vorliegt, kann im Rahmen des Flächennutzungsplanes ohne das Vorliegen konkreter Angaben, wie Anzahl der Anlagen, Standortkoordinaten, Nabenhöhen und Bauhöhen, nicht abschließend beurteilt werden.

Die Bundeswehr (Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Referat Infra I 3, Fontainengraben 200, 53123 Bonn) ist daher im Rahmen dem sich anschließenden Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz weitergehend zu beteiligen.

5.8 Natur- und Artenschutz

Die Untere Naturschutzbehörde der Kreisverwaltung Südwestpfalz hat gegen die Teiländerung keine grundsätzlichen Bedenken und verweist in der Stellungnahme darauf, dass im weiteren Verfahren weitergehende artenschutzrechtliche Belange im Genehmigungsverfahren nach BImSchG abzuarbeiten. Folgende Untersuchungen sind demnach dazu erforderlich:

- Fachbeitrag Naturschutz
- Fachbeitrag Ornithologie
- Fachbeitrag Fledermausschutz
- Raumnutzungsanalysen
- UVP-Vorprüfung

Wegen des bekannten Brutplatzes eines Rotmilans im „Buchholzwald“, weiteren Rotmilan-Vorkommen zwischen Großsteinhausen/ Bottenbach und Schweyen/ Bousseviller sind im Rahmen eines weiteren Genehmigungsverfahrens zusätzliche Untersuchungen nach den Vorgaben des „Naturschutzfachlichen Rahmens zum Ausbau der Windenergienutzung“ (Stand 2012) notwendig.

Eine Planung in einem Abstand von weniger als 1.000 m zwischen Brutplatz und Windenergieanlagen-Standort ist abzulehnen. Da der gesamte nördliche Zipfel in den 1.500-m- Radius um den bekannten Brutplatz hineinragt, wird auch eine Raumnutzungsanalyse notwendig.

Diese zusätzlichen Untersuchungen sind auf alle windkraftrelevanten Arten auszuweiten.

6 Fazit

Mit der Beauftragung des Flächenpotential-Gutachten zur Steuerung der Windenergienutzung in der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land wurde der erste Schritt zur Steuerung der Windenergienutzung auf der eigenen Gemarkung initiiert. Im Ergebnis konnten unter Berücksichtigung erster artenschutzrechtlicher Befunde verschiedene Potentialfläche in drei Gemeinden, namentlich Großbundenbach, Käshofen und Riedelberg, identifiziert werden, die im Rahmen der Teiländerung des Flächennutzungsplanes berücksichtigt wurden. Aufgrund der zusätzlichen Erkenntnisse und Untersuchungen im Rahmen der Fortschreibung der Teiländerung „15 – Windenergie“ werden die neugeplanten Sondergebiete „Windpark“ auf die Gemarkung Riedelberg reduziert. Artenschutzrechtliche Restriktionen stehen einer Ausweisung der ursprünglich geplanten Sondergebiete für die Windenergienutzung in der Gemeinde Großbundenbach und Käshofen entgegen,

Derzeit umfassen die dargestellten Flächen einen Umgriff von ca. 165 ha (bestehende Sondergebiete Windpark = ca. 105 ha, geplante Sondergebiete Windpark ca. 60 ha) und somit einen Anteil von 1– 2 % an der Gesamtfläche der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land.

Sondergebiete „Windpark“ (bestehend)	ha
Walshausen	20,29
Riedelberg	84,97
Sondergebiete „Windpark“ (neu)	ha
Riedelberg	60,80
Insgesamt	166,06
	ha
Fläche der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land	12.461,33
Anteil der Sondergebietsflächen „Windpark“	1,35 %

Tabelle 1: Flächenbilanz der Teiländerung „15 – Windenergie“

Durch die Teiländerung des Flächennutzungsplans werden Sondergebiete für die Windkraftnutzung in direkter Nachbarschaft zu bestehenden Windkraftanlagen ausgewiesen und somit zusätzlich dem Konzentrationsgebot des LEP IV Rechnung getragen. Im anschließenden Genehmigungsverfahren werden die Standorte der Windenergieanlagen im Detail festgelegt und im Einzelfall geprüft.

Durch die Ausweisung von Sondergebieten „Windpark“ leistet die Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land einen lokalen Beitrag zum Klimaschutz.

IV UMWELTBERICHT

Für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a ist gem. § 2 Abs. 4 BauGB eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden. Für die Ausarbeitung des Umweltberichtes ist die Anlage 1 zum BauGB anzuwenden.

Das Ergebnis der Umweltprüfung ist in der Abwägung zu berücksichtigen (§ 2 Abs. 4 Satz 4 BauGB).

Nach Abschluss des Planverfahrens überwachen die Gemeinden die erheblichen Umweltauswirkungen, die auf Grund der Durchführung der Bauleitpläne eintreten, um insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig zu ermitteln und in der Lage zu sein, geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen. Sie nutzen dabei die im Umweltbericht angegebenen Überwachungsmaßnahmen und die Informationen der Behörden (§ 4c BauGB). Dazu unterrichten die Behörden die Gemeinde, sofern nach den ihnen vorliegenden Erkenntnissen die Durchführung des Bauleitplans erhebliche, insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt hat (§ 4 Abs. 3 BauGB).

1 Einleitung (gem. Nr. 1 der Anlage 1 zum BauGB)

1.1 Inhalte und Ziele der Flächennutzungsplanteiländerung

Ziele der Flächennutzungsplanteiländerung

Mit der Planung sollen Sondergebiete für die Windenergienutzung im Verbandsgemeindegebiet entwickelt werden. Damit trägt die Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land ihren Anteil zur Energiewende und dem lokalen Klimaschutz bei. Die Planung berücksichtigt hierbei die geplante Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP IV, Teilfortschreibung 2016).

Beschreibung der Darstellungen

Mit der Planung werden Sondergebiete „Windpark“ mit einer Gesamtgröße von ca. 60 ha entwickelt.

Standorte der geplanten Vorhaben

Die Planung umfasst die Gemeinde Riedelberg in der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land (siehe Kap. III.3 in der Begründung).

Art und Umfang des geplanten Vorhabens sowie Bedarf an Grund und Boden

Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanteiländerung „15 - Windenergie“ umfasst die Sondergebiete „Windpark“ in Riedelberg mit einer Gesamtgröße von ca. 60 ha.

1.2 Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung

Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung sind von der Kommune für jeden Bauleitplan festzulegen, soweit eine Ermittlung der Umweltbelange für die Abwägung erforderlich ist. Ziel der Umweltprüfung und somit Maßstab für deren Erforderlichkeit ist die Ermittlung, Beschreibung und Bewertung der voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen der Planung. Das heißt, der erforderliche Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung reicht nur soweit, als durch die Planung überhaupt erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten sind, und zwar bezogen auf jeden der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a BauGB aufgeführten Umweltbelange.

Bei der Änderung, Erweiterung oder Neuaufstellung von Flächennutzungsplänen sind gemäß §§ 1a, 2 (4) und 2a BauGB die Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere des Naturhaushaltes, des Wassers, der Luft, des Bodens und des Klimas zu berücksichtigen.

Gemäß BauGB ist darzulegen und in die Abwägung mit einzubeziehen, wie Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft vermieden oder unvermeidbare Beeinträchtigungen ausgeglichen oder ersetzt werden können. Die durch die Ausweisung zusätzlich zu erwartenden Belastungen sind ebenfalls Bestandteil der Untersuchungen.

Im Folgenden werden deshalb die Ergebnisse auf übergeordnete bzw. der Planungsebene des Flächennutzungsplanes angemessene Faktoren berücksichtigt.

Gemäß der Anlage zu § 2 Abs. 4 und § 2a BauGB muss der Umweltbericht folgende Informationen enthalten:

BauGB	Umweltbelang	erhebliche Auswirkungen möglich	Gegenstand der Umweltprüfung
§ 1 Abs. 6 Nr. 7 a)	Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt	ja	ja
§ 1 Abs. 6 Nr. 7 b)	Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung und der Europäischen Vogelschutzgebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes	ja	ja
§ 1 Abs. 6 Nr. 7 c)	umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt	ja (Lärmschutz)	ja
§ 1 Abs. 6 Nr. 7 d)	umweltbezogene Auswirkungen auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter	ja	ja
§ 1 Abs. 6 Nr. 7 e)	Vermeidung von Emissionen sowie der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern	nein	nein
§ 1 Abs. 6 Nr. 7 f)	Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie	ja	ja
§ 1 Abs. 6 Nr. 7 g)	Darstellungen von Landschaftsplänen sowie von sonstigen Plänen, insbesondere des Wasser-, Abfall- und Immissionsschutzrechts	ja	ja
§ 1 Abs. 6 Nr. 7 h)	Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität in Gebieten, in denen die durch Rechtsverordnung zur Erfüllung von bindenden Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaften festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden	nein	nein
§ 1 Abs. 6 Nr. 7 i)	Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes nach den Buchstaben a, c und d	ja	ja
§ 1a Abs. 2	zusätzliche Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen, zusätzliche Bodenversiegelungen, Umnutzung von landwirtschaftlichen, als Wald oder für Wohnzwecke genutzten Flächen	ja	ja
§ 1a Abs. 3	zusätzliche Eingriffe in Natur und Landschaft	ja	ja

Tabelle 2: Umfang der Umweltprüfung

Der Detaillierungsgrad der Umweltprüfung ergibt sich wie folgt:

BauGB	Umweltbelang	Prüfmethode und Detaillierungsgrad
§ 1 Abs. 6 Nr. 7 a)	Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Boden, (Grund-)Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt	Prüfung möglicher Auswirkungen auf besonders geschützte Tiere und Pflanzen , Boden (Grund-) Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge
§ 1 Abs. 6 Nr. 7 c)	umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt, hier Geräusche	Bewertung der Geräuscheinwirkungen durch Berücksichtigung der Abstandsempfehlung der TA Lärm sowie der Fortschreibung des LEP IV
§ 1 Abs. 6 Nr. 7 g)	Darstellungen von Landschaftsplänen sowie von sonstigen Plänen, insbesondere des Wasser-, Abfall- und Immissionsschutzrechts	Bewertung der Verträglichkeit mit entsprechen Fachplanungen
§ 1 Abs. 6 Nr. 7 i)	Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes nach den Buchstaben a, c und d	Gutachterliche Abprüfung
§ 1a Abs. 2	zusätzliche Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen, zusätzliche Bodenversiegelungen , Umnutzung von landwirtschaftlichen, als Wald oder für Wohnzwecke genutzten Flächen	Gutachterliche Abprüfung
§ 1a Abs. 3	zusätzliche Eingriffe in Natur und Landschaft	Gutachterliche Abprüfung

Tabelle 3: Detaillierungsgrad der Umweltprüfung

Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sind mit Umsetzung der Planung möglich, es ist aber davon auszugehen, dass sie nicht wesentlich über die zu beschreibenden Wirkungen der einzelnen Schutzgüter hinausgehen. Eine gesonderte Ermittlung und Bewertung von Wechselwirkungen erfolgt daher nur, falls sich im Einzelfall Anhaltspunkte für eine erheblich über die Auswirkungen auf die einzelnen Schutzgüter hinausgehende Betroffenheit ergeben.

1.3 Ziele des Umweltschutzes in Fachgesetzen und Fachplänen und ihre Berücksichtigung bei der Planaufstellung

Für die Schutzgüter und Umweltbelange, werden im Folgenden die Umweltschutzziele in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplanungen dargestellt:

1.3.1 Schutzgutübergreifende Umweltschutzziele

§ 1 Abs. 6 Nr. 7a) BauGB	Berücksichtigung umweltbezogener Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt.
§ 1 Abs. 6 Nr. 7e) BauGB	Darstellung von Landschaftsplänen.
§ 1a Abs. 2 BauGB	Sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden; Vermeidung der Inanspruchnahme landwirtschaftlicher oder als Wald genutzter Flächen.
§ 1a Abs. 3 BauGB	Vermeidung und Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes.

§ 1 BNatSchG Schutz, Pflege und Entwicklung insb. der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts und der Tier- und Pflanzenwelt.

§ 13 BNatSchG Vermeidung bzw. Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft.

§ 20 ff. BNatSchG Schutzgebiete und -objekte.

1.3.2 Tiere und Pflanzen / Biologische Vielfalt / Artenschutz

§ 1 Abs. 6 Nr. 7a) BauGB Berücksichtigung umweltbezogener Auswirkungen auf Tiere und Pflanzen.

§ 1 Abs. 6 Nr. 7b) BauGB Berücksichtigung der Erhaltungsziele und des Schutzzwecks von Natura-2000-Gebieten im Sinne des BNatSchG.

§ 44 ff. BNatSchG Schutz der wildlebenden Tiere und Pflanzen.

§ 30 BNatSchG Geschützte Biotope.

§ 31 ff. BNatSchG Natura-2000-Gebiete.

1.3.3 Boden

§ 1 Abs. 6 Nr. 7a) BauGB Berücksichtigung umweltbezogener Auswirkungen auf den Boden.

§ 1 Abs. 6 Nr. 7e) BauGB Berücksichtigung eines sachgerechten Umgangs mit Abfällen.

§ 1 Abs. 6 Nr. 7g) BauGB Berücksichtigung der Darstellungen von Plänen des Abfallrechtes.

§ 1 BBodSchG Nachhaltige Sicherung oder Wiederherstellung der Funktionen des Bodens; Abwehr schädlicher Bodenveränderungen; Sanierung von Altlasten sowie hierdurch verursachter Gewässerverunreinigungen; Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen auf den Boden.

§ 2 ff. LBodSchG Vorsorge gegen den Eintritt schädlicher Bodenveränderungen, Schutz des Bodens vor Erosion, sparsamer Umgang, Sanierung von schädlichen Bodenveränderungen und Altlasten

1.3.4 Wasser

§ 1 Abs. 6 Nr. 7a) und e) BauGB Berücksichtigung umweltbezogener Auswirkungen auf das Wasser.

§ 1 Abs. 6 Nr. 7e) BauGB Berücksichtigung des sachgerechten Umgangs mit Abwässern.

§ 1 Abs. 6 Nr. 7g) BauGB Berücksichtigung der Darstellungen von Plänen des Wasserrechtes.

§ 1 WHG Schutz der Gewässer.

§ 54 ff. WHG / § 2 LWG Verwertung und Versickerung von Niederschlagswasser.

§ 51 WHG / § 13 LWG Wasserschutzgebiete

1.3.5 Orts- und Landschaftsbild / Erholung

§ 1 Abs. 5 BauGB Baukulturelle Erhaltung und Entwicklung der städtebaulichen Gestalt und des Orts- und Landschaftsbildes.

§ 1 Abs. 6 Nr. 7a) BauGB Berücksichtigung umweltbezogener Auswirkungen auf die Landschaft.

- Zusätzliche Angaben über verwendete technische Verfahren / Hinweise auf Schwierigkeiten, z.B. technische Lücken oder fehlende Kenntnisse sowie Maßnahmen zur Überwachung von erheblichen Auswirkungen (Monitoring)

2.1 Planfall sowie vorhandene umweltrelevante Informationen

Planfall

Die für die Umweltprüfung relevanten Inhalte der Flächennutzungsplanänderung, insbesondere die Art der baulichen Nutzung und der Bedarf an Grund und Boden werden nachfolgend beschrieben.

Nutzungsart	Flächengrößen
definierte Sondergebiet „Windpark“ dient der Unterbringung von Windenergieanlagen	• ca. 60 ha

Vorhandene umweltrelevante Informationen

- Umweltbezogenen Aussagen des Landesentwicklungsprogramms Rheinland-Pfalz (LEP III)
- Umweltbezogene Aussagen des Regionalen Raumordnungsplanes Westpfalz
- Datensatz „windkraftsensibile Vogelarten Westpfalz“ des LUWG aus dem Jahr 2014
- Datenbank „artdatenportal“ des LUWG
- Flächenpotential-Gutachten zur Nutzung der Windenergie in der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land (November 2015)
- Artenschutzrechtliche Betrachtung, Gebietssteckbriefe (LAUB mbH, Juli 2016)
- Erfassung windkraftsensibler Vogelarten (Rotmilan, Schwarzmilan und Uhu) im französischen Teil des 4 km-Puffers um die geplante Windkonzentrationszone in Riedelberg (LAUB mbH, Juli 2017)
- Mitteilung der unteren Naturschutzbehörde (Stand 26.10.2017)

Scoping

Durch die Auswertung der vorliegenden Umweltfachplanungen und umweltbezogenen Gutachten können die erheblichen Auswirkungen der Planung auf Ebene des Flächennutzungsplanes nach jetzigem Kenntnisstand abgeschätzt werden.

Im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB (Scoping) wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur Äußerung im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung aufgefordert. Die Ergebnisse wurden in den Umweltbericht eingearbeitet.

Untersuchungsgegenstand der Umweltprüfung sind Auswirkungen der in der Flächennutzungsplanänderung dargestellten Nutzungen auf das Plangebiet selbst und seine Umgebung sowie die Einwirkungen aus Nutzungen der Umgebung auf das Plangebiet. Der Untersuchungsraum setzt sich daher zusammen aus der Fläche des Plangebietes und der Fläche der Umgebung.

2.2 Bestandsaufnahme und Prognose bei Durchführung und Nichtdurchführung der Planung des Umweltzustands sowie Beschreibung von Vermeidungs-/Minderungs- und Ausgleichsmaßnahmen

In diesem Rahmen erfolgen eine Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands sowie eine Prognose über dessen Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung (vorhandene Einwirkungen). Darüber hinaus wird eine Prognose über die Entwicklung des

Umweltzustandes bei Durchführung der Planung sowie eine Beschreibung von Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen vorgenommen. Die Aussagen entsprechen dem auf Ebene der Flächennutzungsplanung möglichen Detaillierungsgrad.

2.2.1 Mensch

Bestandsaufnahme/ Plan-Nullfall

Die geplanten Sondergebiete „Windpark“ grenzen unmittelbar an ein bereits ausgewiesenes Sondergebiet für die Windenergienutzung an. Bislang werden die Flächen land- oder forstwirtschaftlich genutzt. Durch die unmittelbare Nähe zu den Bestandsanlagen sind die geplanten Sondergebiete bereits heute von Geräuscheinwirkungen der Windenergieanlagen sowie der angrenzenden Landesstraße betroffen.

Bei Nichtdurchführung der Planung ist keine Veränderung dieses Schutzgutes zu erwarten.

Planfall

Direkte Geräuscheinwirkungen der innerhalb des Plangebiets vorgesehenen Nutzungen auf die nächstgelegenen stöempfindlichen Nutzungen sind auf Grund der Berücksichtigung der Mindestabstände zu den Siedlungskörpern gem. LEP IV Fortschreibung (mindestens 1.000 m) nicht zu erwarten. Dadurch werden die Vorsorgeabstände gem. Rundschreiben Windenergie des Landes RLP, die sich wiederum an der TA Lärm orientiert, um mindestens 200 m überschritten. Im Rundschreiben heißt es weiter, dass sich hieraus noch nicht die Immissionsschutzrechtliche Genehmigungstätigkeit des konkreten Vorhabens ergeben. Im Einzelfall können größere Abstände erforderlich sein, auch geringere können in Einzelfällen ausreichen. Dies kann erst bzw. ist im anschließenden Verfahren zu eruieren. Einwirkungen von Verkehrslärm auf das Plangebiet können aufgrund der fehlenden Schutzbedürftigkeit der angestrebten Nutzung ausgeschlossen werden.

2.2.2 Tiere, Pflanzen, Biologische Vielfalt / Artenschutz

Bestandsaufnahme/ Plan-Nullfall

Schutzgebiete

Das nächstgelegene Vogelschutzgebiet auf deutscher Seite ist das Vogelschutzgebiet „Hornbach und Seitentäler“ (VSG 671-401). Es liegt mindestens 2 km entfernt vom geplanten Windpark östlich von Riedelberg (vgl. Abb. 2).

Ebenfalls überwiegend in mehr als 2 km Entfernung befindet sich das FFH-Gebiet 6710-301 „Zweibrücker Land“. Lediglich der Hornbach selbst (ohne angrenzende Aue), verläuft entlang der französischen Grenze innerhalb der südlichen, geplanten Sondergebietsfläche „Windpark“, ist in dem betreffenden Abschnitt aber nicht als Lebensraumtyp 3260 erfasst. Als prioritärer Lebensraumtyp 91E0 kommt ein bachbegleitender Erlen-Auwald innerhalb der geplanten Sondergebietsfläche vor.



Abbildung 6: Schutzgebiete auf deutscher Seite

Auf französischer Seite liegt das nächste FFH-Gebiet in rund 5 km Entfernung. Es handelt sich um das Gebiet „FR 4100208 Cours d'eau, tourbières, rochers et forêts des Vosges du Nord et souterrain de Ramstein“.

Sonstige Schutzgebiete nach Naturschutzrecht

Östlich des Jakobshofes sind im Bereich „Im Sumpf“ Feldmardellen als geschützter Landschaftsbestandteil (LB-7340-087) ausgewiesen. Die Feldmardellen liegen außerhalb der geplanten Sondergebietsfläche „Windpark“. Eine Beeinflussung des geschützten Zustandes tritt nicht ein.

Biototypen

Innerhalb der nördlichen Teilfläche (nördlich K81) der geplanten Sondergebietsfläche „Windparke“ existiert ein Kleingewässer (Mardelle), welches zu den geschützten Biotopen nach § 30 NatSchG zählt.

Innerhalb der südlichen Teilfläche verlaufen ein Quellbach in der Oderbrunnklamm sowie der Hornbach. Beide Fließgewässerabschnitte sind als geschütztes Biotop nach § 30 BNatSchG eingestuft. Am Hornbach fallen zudem die begleitenden Grünländer (Feuchte Hochstaudenflur, Schilfröhrichte) ebenfalls unter den Schutzstatus nach § 30 BNatSchG.

Hinweise auf geschützte Biotope gem. § 15 LNatSchG liegen derzeit nicht vor. Im Vorhabengebiet dominieren landwirtschaftliche Nutzflächen (Acker, Intensivgrünland).

Eine Erfassung der Biototypen/realen Vegetation wurde zum vorliegenden landschaftspflegerischen Beitrag zum FNP nicht durchgeführt. Hinweise auf die Biotop-Ausstattung liefern farbige Orthophotos sowie das landesweite Biotopkataster. Demnach überwiegen innerhalb der geplanten Sondergebietsfläche „Windpark“ landwirtschaftliche Nutzflächen, vor allem Ackerflächen. In den Randbereichen der Hochfläche, am Übergang zu den Talhängen, befindet sich Grünland. Nach den Beschreibungen des Biotopkatasters handelt es sich überwiegend um artenarmes Grünland (Wiesen, Weiden). Entlang der K81, einzelner Wege oder eingestreut in die Feldflur sind an wenigen Stellen Baumreihen oder sonstige kleinere Gehölzflächen ausgebildet.

Der Steilabfall zum Hornbachtal/Trualbtal im Süden ist bewaldet. Nach den vorliegenden Orthophotos handelt es sich dabei um Laubwälder, zumindest aber um Mischwälder mit hohen Laubholzanteilen. Innerhalb der Odenbrunnklamm wird der Wald von einer Magerweide unterbrochen.

Die Weide ist im Biotopkataster erfasst, aber nicht als geschütztes Biotop nach §15 LNatSchG eingestuft. Der Quellbach in der Odenbrunnklamm ist in seinem Oberlauf naturnah ausgebildet, weshalb eine Zuordnung zu den geschützten Biotopen nach § 30 BNatSchG erfolgt ist. In der Hornbach-/Trualbaue existieren neben dem Fließgewässer selbst vor allem Feuchtgrünlandbrachen und ein Erlen-Bauchauenwald. Die Feuchtgrünlandbrachen und der Erlenwald zählen zu den geschützten Biotopen nach § 30 BNatSchG, der Erlenwald entspricht zudem dem prioritären FFH-Lebensraumtyp 91E0.

Fauna

Zum Vorkommen windkraftsensibler Vogelarten im Umfeld der bestehenden und geplanten Sondergebietsflächen „Windpark“ bei Riedelberg liegen Daten aus verschiedenen Quellen vor:

- Datensatz „windkraftsensible Vogelarten Westpfalz“ des LUWG aus dem Jahr 2014
- Datenbank „artdatenportal“ des LUWG
- Mitteilung der unteren Naturschutzbehörde (Stand 26.10.2017)
- Erhebungen 2017 des Büro LAUB in einem 4 km-Radius auf französischer Seite: Das Untersuchungsgebiet umfasste die Waldflächen in einem Radius von 4 km auf französischer Seite um den potenziellen Standort für Windenergie in der Ortsgemeinde Riedelberg. Die Gesamtfläche der zerstreuten Wälder beträgt ca. 980 ha und erstreckt sich über (Teil-) Flächen der Ortsgemeinden Walschbronn, Waldhouse, Dorst, Liederschiedt, Bousseviller, Breidenbach, Loutzweiler, Schweyen, Rolbing und Opparding. Die Ergebnisse dieser Kartierung sind dem vorliegenden landesplanerischen Beitrag als Anlage 1 beigelegt.

Rotmilan

Aus dem Datensatz des LUWG⁹ ergibt sich der Hinweis auf ein Brutvorkommen des Rotmilans innerhalb der kleinen Waldfläche „Buchholz“ zwischen Großsteinhausen und Bottenbach. Nach Mitteilung der unteren Naturschutzbehörde handelt es sich dabei um einen bereits seit Jahren genutzten Brutplatz. Der zuletzt in 2015 durch Erfassungen Dritter bestätigte Horst befindet am südlichen Rand des Waldbestandes. Daten aus 2016 und 2017 liegen nicht vor, es wird aber angenommen, dass auch in diesem Zeitraum eine Nutzung erfolgt ist. In Bezug auf den Brutstandort 2015 ragt der nördliche Zipfel der Teilfläche Nord in den nach VSW¹⁰ & LUWG festgelegten Mindestabstand bzw. generellen Ausschlussbereich von 1.000 m. Die restlichen Flächen der Teilfläche Nord (nördlich der K81) liegen im Radius von bis 1.500 m zum Brutplatz (Stand: Vorentwurf).

Beobachtungen von Flugrouten im Rahmen der eigenen Erhebungen im 4 km Umkreis auf französischer Seite deuten auch für 2017 auf einen Brutverdacht im Raum zwischen Großsteinhausen und Bottenbach hin, eine Konkretisierung des exakten Standortes war allerdings nicht möglich.

Schwarzmilan

Zum Schwarzmilan verweist die untere Naturschutzbehörde auf einen Brutrevier im Stausteiner Wald. Der übermittelte Brutstandort liegt in über 2 km Entfernung zum östlichen Zipfel der geplanten Sondergebietsflächen und damit außerhalb der von VSW & LUWG empfohlen Mindestabstandes (1.000 m), aber im Prüfbereich für diese Art (3.000 m). Ein weiteres Vorkommen ist im Datensatz des LUWG 2014 südlich der Großsteinhausermühle vermerkt. Diese liegt ebenfalls in mehr als 2 km Entfernung zur

⁹ Staatliche Vogelschutzwarte für Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland u. Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht Rheinland-Pfalz (Mainz): Naturschutzfachlicher Rahmen zum Ausbau der Windenergienutzung in Rheinland-Pfalz Artenschutz (Vögel, Fledermäuse) und NATURA 2000-Gebiete, 2012.

¹⁰ Staatliche Vogelschutzwarte für Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland (Frankfurt am Main).

geplanten Sondergebietsfläche und somit auch außerhalb der Abstandsempfehlungen nach VSW & LUWG, aber innerhalb des Prüfbereichs (3.000 m).



Abbildung 7: Lage von Rot- und Schwarzmilan-Bruten im planungsrelevanten Umfeld um die geplanten (gepunkt-Planfall)

Uhu

Eine Datenrecherche bei der unteren Naturschutzbehörde ergab den Hinweis auf ein Uhu-Brutrevier im Felsalbtal im Umfeld der Eichelsbacher Mühle in mehr als 4 km Entfernung zu den bestehenden und geplanten Sondergebietsflächen bei Riedelberg.

Die *eigenen Erhebungen*, die durch das Büro LAUB durchgeführt wurden, ergaben auf französischer Seite 2017 folgendes:

- Rotmilan und Schwarzmilan

Ende Februar bis Mitte März 2017 wurde im Untersuchungsgebiet eine Horstsuche durchgeführt, wobei alle potenziell geeigneten Nester zur Milanbrut erfasst wurden. Besonders ältere Horste wurden auf offensichtlich verbaute Stoff- und Plastikketzen untersucht, welche für Milane typisch sind. Hierbei konnten keine näheren Hinweise auf eine frühere Nutzung durch die standorttreuen Rot- oder Schwarzmilane gefunden werden, wohingegen einige Horste frisches Fichtengrün aufwiesen und somit vom Mäusebussard belegt waren. Potenzielle Balzflüge der Milane im Untersuchungsgebiet konnten im Februar / März nicht mehr beobachtet werden.

Während der Schwarzmilan nur ein einziges Mal gesichtet wurde, kann der Rotmilan als regelmäßiger Gast angesehen werden, der weite Teile der Offenlandschaft zur Nahrungssuche nutzt.

Besonders die zahlreichen Rinderweiden bieten ein üppiges Angebot an Kleinsäugern und Großinsekten. Nach dem Schlupf der Jungvögel konnten fast regelmäßig Altvögel bei der Nahrungssuche / Jagd beobachtet werden. Durch Beobachtung der Flugrouten kann für die Regionen Großsteinhausen / Bottenbach (D) sowie Schweyen / Bousseviller (FR) jeweils ein Brutverdacht für den Rotmilan ausgesprochen werden. Belegte Horststandorte innerhalb des Untersuchungsgebietes (4 km-Radius auf französischer Seite) konnten 2017 keine nachgewiesen werden.

- **Uhu**

Wie bereits für den Rot- und Schwarzmilan wurden alle potenziellen Horststandorte auch auf aktuelle Nutzungen als Brutstätten für den Uhu überprüft. Potenzielle Balzrufe der Nachtgreife von Mitte Februar bis Mitte März konnten nicht mehr verhört werden. Nächtliche Rufkontrollen konnten, auch unter Zuhilfenahme von Klangattrappen, im Frühjahr keine Nachweise erbringen. Darüber hinaus konnten während der Begehungen keine Hinweise auf den Uhu gefunden werden (Rupfplätze, Federn, Schmelz etc.). Bei Dämmerungsbegehungen im Juni konnten im gesamten Untersuchungsgebiet keine sog. "Bettelrufe" von Junguhus verhört werden. Diese dienen weniger dazu Altvögel mit Beute herbeizurufen, als der gegenseitigen Lokalisation. Ausgeflogene junge Uhus versuchen durch diese Lautäußerungen das Gruppengefüge zusammenzuhalten. Ein Brutnachweis des Uhus konnte im Untersuchungsgebiet 2017 nicht erbracht werden.

Zug- und Rastvögel

Zu den Zug- und Rastvögeln liegen derzeit nur ältere Daten vor. Es handelt sich dabei um Daten aus zoologischen Erhebungen zum Bebauungsplan „Sondergebiet Windpark Auf der Höhe ober der Kunzenklamm“ (geoproject 2003).

Demnach wurden in 2003 Rastvorkommen des Kiebitzes östlich des bestehenden Windparks (im Umfeld des Einöderwiesenhofs) festgestellt. Ferner wurden rastende Feldlerchen auf Ackerflächen innerhalb des heute bestehenden Windparks und Kornweihen auf Ackerflächen östlich angrenzend an den bestehen Windpark beobachtet. Es handelte sich jeweils um Rastereignisse mit geringer bis mittlerer Individuenzahl und jeweils nur mit geringer Verweildauer, was insgesamt auf eine lediglich geringe Bedeutung hinweist. Das Plangebiet wurde in der Folge als nicht bedeutsam für die Vogelrast eingestuft. Ein artenschutzrechtlicher Konflikt wurde nicht konstatiert.

Bezüglich des allgemeinen Vogelzuges lassen die vorliegenden Daten aus 2003 eine lokale Zuglinie erkennen, die von Südwesten über das Münztal kommend in nordöstlicher Richtung verläuft. Aus dem beobachteten Artenspektrum hervorzuheben ist der Kiebitz, der nach VSW & LUWG als windkraftsensible Art eingestuft ist. Insgesamt belegen die Erfassungen 2003 aber eine deutlich unterdurchschnittliche Zugintensität im Plangebiet (<300 Vögel/h).

Bezüglich des Kranichzuges liefern die Untersuchungen aus 2003 liefern keine Beobachtungen zu ziehenden Kranichen.

Fledermäuse

Aktuelle Daten zu Fledermäusen liegen aktuell nicht vor. Die südliche Teilfläche umfasst aber (Laub-) Wald und Waldrandbereiche. Grundsätzlich sind in diesen Biotopen Habitate und Vorkommen von Fledermäusen (mögliche Flugrouten, und/oder Quartierplätze) nicht auszuschließen. Die Kulturlandschaft außerhalb der Waldflächen kann grundsätzlich Teil von Jagdgebieten der im Umfeld potenziell ansässigen Fledermauskolonien sein. Aufgrund der landwirtschaftlichen Prägung in Verbindung mit einer relativen Strukturarmut auf der Hochfläche, ist die Jagdgebietseignung jedoch nur gering, in keinem Fall essentiell.

Bei Nichtdurchführung der Planung ist keine Veränderung dieses Schutzgutes zu erwarten.

Planfall:*Natura 2000-Gebiete*

Zur Einschätzung der Betroffenheit bzw. der Verträglichkeit eines Windenergieanlagenstandortes mit den Zielen eines Natura 2000-Gebietes ist die Frage zu klären, inwieweit sich der betreffende Windenergieanlagenstandort auf Vorkommen wertgebender Arten im Schutzgebiet auswirken können. Hierfür ist stets eine Einzelfallprüfung erforderlich.

Ein Teilbereich des Vogelschutzgebietes „Hornbach und Seitentäler (VSG 671-401) liegt im nördlichen Umfeld des geplanten Standortes in mindestens 2 km Entfernung.

Zu den wertgebenden Arten des Vogelschutzgebietes zählt auch der Weißstorch. Der Weißstorch gilt nach VSW & LUWG 2012 als windkraftsensibler Art. Für ihn enthält das Gutachten eine Abstandsempfehlung von 1.000 m um das Revierzentrum und einen Prüfbereich von 3.000 m hinsichtlich essentieller Nahrungsräume. Die zum Vorhaben nächstgelegenen bekannten Vorkommen/Reviere des Weißstorches im Vogelschutzgebiet existieren im Hornbachtal bei Mausbach und bei Dietrichingen (Kirschbacher Hof) in jeweils mehr als 4,0 km Entfernung und damit außerhalb des Mindestabstandes und auch außerhalb des Prüfbereichs. Aufgrund der Entfernung zum Vogelschutzgebiet bzw. den bekannten Vorkommensbereichen sind vorhabenbedingte Wirkungen auf den Erhaltungszustand des Weißstorches im Vogelschutzgebiet „Hornbach und Seitentäler“ nicht zu erwarten.

Die übrigen im Standarddatenbogen aufgeführten, wertgebenden Vogelarten (Eisvogel, Neuntöter, Wasserralle, Bekassine, Schwarzkehlchen) des Vogelschutzgebietes sind nicht windkraftsensibel. Somit kann begründet davon ausgegangen werden, dass die Erweiterung von Sondergebietsflächen „Windpark“ östlich von Riedelberg verträglich mit den Erhaltungszielen des EU-Vogelschutzgebietes Hornbach und Seitentäler ist.

Ein kleiner Teilbereich des FFH-Gebietes „Zweibrücker Land“ ragt im Süden in die südliche Teilfläche der geplanten Sondergebietsfläche „Windpark“. Zum FFH-Gebiet zählt ausschließlich der Bachlauf, nicht jedoch seine Talau. Der Großteil des FFH-Gebietes liegt demgegenüber in mindestens 2 km Entfernung. Beeinträchtigungen mit Wirkung auf die Erhaltungsziele sowie die maßgeblichen Bestandteile des FFH-Gebietes (Lebensraumtypen nach Anhang I und Arten nach Anhang II FFH-Richtlinie) sind mit den Sondergebietsflächen „Windpark“ bei Riedelberg nicht verbunden, sofern der Verlauf des Hornbachs und seiner Aue im Zuge der konkretisierenden Standortplanung einzelner Windenergieanlagen berücksichtigt und nicht in Anspruch genommen wird. Für den Großteil des FFH-Gebietes einschließlich seiner Kernbiotope sind Konflikte mit den Erhaltungszielen und den Zielarten allein aufgrund der Entfernung auszuschließen.

Auf französischer Seite liegt in rund 5 km Entfernung das FFH-Gebiet „FR 4100208 Cours d'eau, tourbières, rochers et forêts des Vosges du Nord et souterrain de Ramstein“. Im Standarddatenbogen zum FFH-Gebiet FR 4100208 ist der als windkraftsensibel eingestufte Baumfalk (Falco subbuteo) aufgeführt. Für den Baumfalken nennen VSW & LUWG (2012) keinen Mindestabstand zwischen Brutplatz und Windenergieanlagen (WEA), allerdings wird ein Prüfbereich von 3 km vorgesehen. Bei einer Entfernung von mind. 5 km zwischen FFH-Gebiet und geplanter Sondergebietsfläche Windpark bei Riedelberg treten keine Konflikte mit Vorkommen des Baumfalken im FFH-Gebiet FR 4100308 auf.

Auf Basis aller vorliegenden und verfügbarer Daten zu Natura 2000-Gebieten im Umfeld der bestehenden und geplanten Sondergebietsflächen „Windpark“ (auf deutscher als auch auf französischer Seite) ergeben sich keine Hinweise auf ein mögliches, planungs- und entscheidungsrelevantes Konfliktpotenzial in Bezug auf die jeweiligen Erhaltungsziele bzw. maßgeblichen Bestandteile. Von einer Vereinbarkeit des Vorhabens mit den genannten Natura 2000-Gebieten kann begründet ausgegangen werden.

Biotoptypen

Sowohl innerhalb der nördlichen als auch innerhalb der südlichen Teilfläche der geplanten Sondergebietsflächen „Windpark“ existieren geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG. Vorkommen geschützter Biotope nach § 15 LNatSchG sind nicht bekannt und sind aufgrund der vorherrschenden

landwirtschaftlichen Nutzung auch nicht zu erwarten. Auch das Biotopkataster enthält diesbezüglich keine Erfassungen oder Hinweise.

Für die geschützten Biotope gilt gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG ein Verschlechterungsverbot. Demnach sind Handlungen, die zu einer Beeinträchtigung oder gar Zerstörung der Biotope führen, unzulässig. Die bestehenden, geschützten Biotope umfassen innerhalb der geplanten Sondergebietsflächen nur räumlich begrenzte Teilbereiche. Es ergeben sich ausreichend Möglichkeiten für die Anordnung einzelner Anlagen ohne eine Gefährdung der geschützten Biotope zu verursachen. Die Bereiche der geschützten Biotope sind daher im Rahmen der anschließenden Planungsverfahren und der detaillierten Standortplanung zu berücksichtigen und eine Inanspruchnahme zu verhindern. Zur Vermeidung von Beeinträchtigungen ist zudem ein ausreichender Abstand zwischen WEA und dem jeweiligen Biotop einzuhalten. Die Erweiterung der Sondergebietsflächen „Windpark“ berührt nach § 30 BNatSchG geschützte Biotope. Das Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 30 Abs. 2 BNatSchG kann im Rahmen der nachfolgenden Planverfahren und eine Standortplanung der Einzelanlagen im Detail vermieden werden. Die geplanten Sondergebietsflächen stehen damit dem Erhalt der Schutzwürdigkeit der Biotope nicht entgegen.

Fauna

Rotmilan

Der Brutplatz des Rotmilan am Südrand eines Wäldchens zwischen Großsteinhausen und Bottenbach liegt weniger als 1.000 m entfernt zum nördlichen Zipfel der Teilfläche Nord und damit innerhalb des generellen Ausschlussbereichs nach VSW & LUWG (2012). Auf Basis der aktuellen Datenlage ergeben sich somit Restriktionen für diesen Bereich im Hinblick auf die Realisierbarkeit von Windkraftanlagen. Die gesamte Teilfläche Nord ragt zudem in den 1.500 m Radius um diesen Fundpunkt, wodurch grundsätzlich Beeinträchtigungen nicht von vornherein auszuschließen sind. Gleichzeitig lässt sich daraus aber auch kein genereller Ausschluss des Bereiches als geplante Sondergebietsfläche „Windpark“ auf Ebene des FNP ableiten. Ableiten lässt sich jedoch ein erhöhtes Prüf- und Darlegungserfordernis im Rahmen der verbindlichen Genehmigungsplanung (Verfahren nach BImSchG). In diesem Zusammenhang ist folgendes zu berücksichtigen:

- Die von VSW & LUWG festgelegten Abstandsempfehlungen beziehen sich auf eine konkrete Windkraftanlage an einem bestimmten Standort. Auf Ebene des FNP sind jedoch die genauen die Standorte einzelner Anlagen innerhalb einer Sondergebietsfläche nicht bekannt und werden auch nicht festgelegt.
- Die von VSW & LUWG festgelegten Abstandsempfehlungen beziehen sich weiterhin auf ein konkretes, zum Zeitpunkt der Antragstellung nach BImSchG aktuelles Brutvorkommen. Auch wenn der Rotmilan Horste über mehrere Jahre nutzt, sind eine Aufgabe alter Horste und ein Abwandern in andere geeignete Brutreviere jederzeit möglich. Da zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar ist, wann die Errichtung von WEA tatsächlich erfolgen soll, kann aus den vorliegenden Daten nicht unmittelbar auf einen aktuellen Brutplatz geschlossen werden. Abgeleitet werden muss aber der Hinweis auf ein ggf. erhöhtes Konfliktpotenzial, dass dann im Rahmen vertiefender und verifizierender Untersuchungen überprüft und gemäß den geltenden gesetzlichen Vorgaben angemessen behandelt werden muss.
- Bei einem Abstand von 1.000 m bis 1.500 m zwischen einem besetzten Brutplatz und einem Standort der Windenergieanlage ist gemäß den Rahmenvorgaben von VSW & LUWG (2012) eine spezielle Funktionsraumanalyse durchzuführen. Belegt diese Funktionsraumanalyse, dass der für Windkraft vorgesehene Landschaftsausschnitt nicht zu einem essentiellen Nahrungsraum für das betreffende Brutvorkommen zählt, ist die Realisierung einer Windkraftanlage zulässig. Der Rotmilan nutzt zur Nahrungssuche die Kulturlandschaft. Grundsätzlich erfüllt die Kulturlandschaft im Bereich der geplanten Sondergebietsfläche die artspezifischen Ansprüche. Es existieren aber auch im übrigen Umfeld des vermeintlichen Brutplatzes große Räume, die gleichermaßen, ggf. auch besser als Nahrungsraum geeignet sind. Insofern kann trotz grundsätzlicher Eignung in Verbindung mit der Lage innerhalb des 1.500 m-Radius nicht automatisch von einer essentiellen Bedeutung des Plangebietes ausgegangen werden, die ggf. der Erweiterung der Sondergebietsflächen grundsätzlich entgegenstehen.
- Im Fall einer Teilnutzung des Raumes zur Nahrungssuche kann mit Hilfe von entsprechenden Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (zeitliche Beschränkung des Betriebes, Festlegung

Abschaltzeiten für die WEA, Ablenkungsmaßnahmen) das Gefahrenpotenzial soweit reduziert werden, dass eine erhebliche Betroffenheit nicht entsteht.

Aufgrund der Überlagerung mit dem Ausschlussbereich des Rotmilans wurde die Sondergebietsfläche „Windpark“ bei Riedelberg für den Entwurf zur Offenlage angepasst.

Schwarzmilan

Auch vom Schwarzmilan sind im planungsrelevanten Umkreis (Prüfbereich von 3 km) Vorkommen bekannt. Es ergeben sich daraus jedoch keine begründeten Belege für Restriktionen oder gar einen Ausschluss der Fläche im Zuge der anstehenden Teiländerung. Die Vorkommen des Schwarzmilans sind bei den nachfolgenden, verbindlichen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

Uhu

Vorkommen des Uhus im planungsrelevanten Umkreis um die geplanten Sondergebietsflächen auf deutscher Seite sind derzeit nicht bekannt. Ein Vorkommen im Felsalbtal im Bereich der Eichelsbacher Mühle liegt in mehr als 4 km Entfernung und damit auch außerhalb der Mindestabstände bzw. des Prüfbereichs nach VSW & LUWG. Auf französischer Seite ergaben die Erhebungen im 4 km Radius ebenfalls keine Nachweise auf den Uhu. Nach derzeitiger Datenlage sind im planungsrelevanten Umfeld keine Vorkommen des Uhus bekannt, die zu Restriktionen oder Einschränkungen führen und der Ausweisung der Sondergebietsfläche „Windpark“ grundsätzlich entgegenstehen.

Rastvögel

Vorliegende Daten zur Vogelrast aus dem Jahr 2003 verweisen auf Rastvorkommen des Kiebitz sowie der Feldlerche im Raum um die geplanten Sondergebietsflächen. Aufgrund der damaligen Beobachtungen handelt es sich für den Kiebitz vermutlich um einen regelmäßig genutzten Bereich. Insgesamt wurde das Konfliktpotenzial für den Kiebitz aber als gering und somit als nicht relevant hinsichtlich der Zulässigkeit des (bestehenden) Windparks eingestuft. Übertragen wurde dies auch für die Feldlerche festgestellt.

Die Erfassungen 2003 weisen darauf hin, dass im Gebiet östlich von Riedelberg rastende Vogelarten regelmäßig anzutreffen sind. Hinsichtlich der geplanten neuen Sondergebietsflächen ergeben sich daraus jedoch keine grundsätzlichen Hemmnisse, die der anstehenden Teiländerung des FNP entgegenstehen.

Ungeachtet dessen verbleibt aber die Verpflichtung, im Rahmen der verbindlichen Zulassungsverfahren (BImSchG-Verfahren oder verbindliche Bauleitung) die Vereinbarkeit des Vorhabens hinsichtlich Rastvögel zu verifizieren.

Zugvögel

Vogelzug findet in Mitteleuropa als Breitfrontzug und somit an jedem beliebigen Ort, mindestens temporär, statt. Bereiche ohne Vogelzug existieren nicht. Eine potenzielle Störung des Vogelzuges durch WEA ist somit an keinem Standort gänzlich auszuschließen. In diesem Zusammenhang relevant sind insbesondere Anlagen und Anlagenkomplexe in den Hauptdurchzugskorridoren bzw. in lokalen oder regionalen Zugverdichtungszonen, also überall dort, wo regelmäßig eine große Anzahl ziehender Vögel (> 1.000 Vögel/h) auftritt.

Aus den Daten zum allgemeinen Vogelzug aus dem Jahr 2003 ergibt sich eine Zuglinie, die aus Südwesten vom Hornbachtal kommend über das Münztal führt und weiter in nordöstlicher Richtung verläuft. Die Erhebungen aus 2003 belegen jedoch nicht, dass es sich dabei um einen lokal, regional oder landesweit bedeutsamen Zugverdichtungskorridor handelt. Im Rahmen der Beurteilung des möglichen Konfliktpotenzials kommen die Gutachter 2003 daher auch zu dem Ergebnis, dass die Bedeutung der festgestellten Zuglinie und damit das Konfliktpotenzial zwischen WEA und allgemeinem Vogelzug gering sind.

Mit Blick auf mögliche Summationswirkungen mit anderen Windparks galt lange Zeit ein Mindestabstand von 4 km (ISSELBÄCHER & ISSELBÄCHER (2001)) zwischen zwei Anlagenkomplexen als Schwellenwert. Nach zahlreichen neueren Erkenntnissen aus den vergangenen Jahren wird allerdings deutlich, dass dieser Wert aufgrund der damals noch mangelhaften

Datengrundlagen, zumindest im Hinblick auf ziehende Kleinvögel, mit einem sehr hohen Vorsorgepuffer ausgestattet war und deutlich zu hoch gewählt wurde. Hinsichtlich des Kleinvogelzuges ist vielmehr davon auszugehen, dass, ausgehend von den bekannten Reaktions- und Ausweichdistanzen von wenigen hundert Metern, spätestens ab einem Abstand von ca. 1 km quer zur Zugrichtung zwischen zwei Anlagenkomplexen keine Summationswirkungen mehr auftreten können. Letztendlich muss allerdings je nach Positionierung der Windparke zueinander (neben-, hintereinander, gestaffelt), dem Zugaufkommen, der Durchlässigkeit der einzelnen Windparke und auch dem Geländere relief stets im Einzelfall überprüft werden, ob es zu Summationseffekten kommen kann, die zu einer potenziellen Erheblichkeit von Beeinträchtigungen führen können.

Der zu den Sondergebietsflächen nächstgelegene bestehende Windpark bei Walshausen liegt in 4 km Entfernung und damit in einem ausreichenden Abstand, sodass nicht von relevanten Summationswirkungen auszugehen ist. Geplante Anlagen südöstlich des Stausteinerhofes, in der Gemarkung Kröppen liegen ebenfalls weiter als 2 km entfernt.

Im Hinblick auf die geplante Erweiterung der Sondergebietsflächen liegen insgesamt keine Belege zum Vogelzug vor, die einer Erweiterung der Sondergebietsflächen im Zuge der anstehenden Teiländerung des FNP grundsätzlich entgegenstehen. Ungeachtet dessen verbleibt aber die Verpflichtung, im Rahmen der verbindlichen Zulassungsverfahren (BlmSchG-Verfahren) die Vereinbarkeit des Vorhabens hinsichtlich des Vogelzuges zu verifizieren.

Fledermäuse

Die Empfindlichkeit von Fledermäusen gegenüber Windkraftanlagen ergibt sich durch ein Kollisionsrisiko an den Rotorblättern bei Nahrungsflügen im freien Luftraum oder während des Fledermauszuges sowie im Fall von direkten Quartierverlusten (z.B. durch Rodung von Höhlenbäumen). Das Gefährdungsrisiko ist dabei artspezifisch unterschiedlich.

Die möglichen Gefährdungspotenziale durch Kollision können ebenfalls mit Hilfe von Vermeidungsmaßnahmen (Betriebszeiteinschränkungen durch Festlegung von Abschaltzeiten) aber soweit reduziert werden, dass erhebliche Wirkungen auf die lokalen Populationen nicht entstehen.

Das Gefährdungspotenzial durch Quartierverlust kann im Rahmen der detaillierten Standortplanung für die einzelnen, zu errichtenden WEA jedoch soweit reduziert werden (Verzicht auf Inanspruchnahme von Höhlenbäumen, alten Waldbeständen), dass keine erheblichen Wirkungen entstehen.

Im Rahmen der weiterführenden Planungen und Konkretisierungen wird die Artengruppe angemessen berücksichtigt werden. Vor diesem Hintergrund und bei Berücksichtigung und Realisierung geeigneter Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen liegen keine Belege vor, die der Realisierung des Vorhabens grundsätzlich entgegenstehen.

Fazit zum Artvorkommen:

Für den Rotmilan weisen die vorliegenden und verfügbaren Daten auf mögliche Vorkommen und Brutreviere in der planungsrelevanten Umgebung der geplanten Sondergebietsfläche hin. Zumindest für den Nordteil der Teilfläche Nord ist auf Basis der vorliegenden Daten ein deutlich erhöhtes Konfliktpotenzial gegeben, das dort derzeit zu Restriktionen bzw. zum Ausschluss für die Errichtung konkreter Windkraftanlagen führen kann. Für die restlichen Teile der Teilfläche Nord deuten die Daten ebenfalls auf ein Konfliktrisiko hin, welches aber auf Grundlage dieser Informationen nicht so sicher bestimmbar und belegt ist, dass daraus bereits auf erhebliche und nicht überwindbare Konflikte mit Standorten für Windenergieanlagen geschlossen werden.

Sonstige planungsrelevante Artvorkommen (Rast-, Zugvögel, Fledermäuse) sind ebenfalls nicht auszuschließen, stehen auf Basis der vorliegenden Kenntnisse der Erweiterung von Sondergebietsflächen für Windkraftanlagen bei Riedelberg jedoch nicht grundsätzlich entgegen.

2.2.3 Boden und Wasser

Bestandsaufnahme/ Plan-Nullfall

Den geologischen Untergrund bildet auf den Hochflächen der untere Muschelkalk, der in den Übergängen zu den Tälern allmählich von Formationen des Buntsandsteins abgelöst wird. Auf den

Hochflächen östlich von Riedelberg, die ackerbaulich genutzt werden, herrschen somit Lehm- sowie sandige Lehmböden vor. Diese gehen in stärker geneigten Flächen und an den angrenzenden Talhängen in lehmigen Sandböden über. Durch die hohen Lehmanteile handelt es sich um Standorte mit hohem Ertragspotenzial. In den stärker durch Sand geprägten Bereichen ist das Ertragspotenzial immer noch mittel.

An Oberflächengewässern sind in den beiden Teilbereichen zu nennen:

- permanent wasserführendes Kleingewässer (Mardelle) im Nordteil,
- Naturnaher Quellbach in der Odenbrunnklamm im Südteil. Der Quellbach fließt in den Hornbach,
- Hornbach/Trualb entlang der französischen Grenze im Südteil.

Bezüglich des Grundwassers ist auf den Hochflächen nicht von einer oberflächennahen Ausbildung auszugehen. Die Kleingewässer im Bereich der Mardellen sind nicht auf einen Grundwassereinfluss zurückzuführen, sondern eher aufgrund stauender Schichten im Untergrund aus Oberflächenwasser (einschl. Regenwasser) entstanden. Ein Grundwassereinfluss ist in der Hornbach- / Trualbaue anhand der dort vorherrschenden, feuchteabhängigen Biotoptypen zu erkennen. Wasserschutzgebiete sind keine ausgewiesen.

Bei Nichtdurchführung der Planung ist keine Veränderung dieses Schutzgutes zu erwarten.

Planfall

Planungs- und entscheidungsrelevante Wirkungen auf Ebene des Flächennutzungsplanes sind nicht zu erkennen. Es sind im Gebiet keine seltenen oder empfindliche Böden vorhanden, anhand derer Restriktionen oder Einschränkungen in Bezug auf die Realisierung von Windkraftanlagen abgeleitet werden könnten.

Planungs- und entscheidungsrelevante Wirkungen auf das Schutzgut Wasser sind ebenfalls nicht zu erwarten. Wasserschutzgebiete sind keine ausgewiesen. Das in der Teilfläche Nord vorhandene Kleingewässer bleibt erhalten und wird dementsprechend in der Standortplanung der einzelnen Anlagen berücksichtigt. Gleiches gilt für den Hornbach sowie den Quellbach in der Odenbrunnklamm innerhalb der südlichen Teilfläche.

2.2.4 Klima, Luft und Lufthygiene

Bestandsaufnahme/ Plan-Nullfall

Besondere klimatische Funktionen kommen der Hochfläche östlich von Riedelberg nicht zu. Das Plangebiet liegt nicht in einem klimatischen Belastungsraum, auch sind keine klimarelevanten Nutzungen vorhanden. Generell kommt es über den waldfreien Flächen zur Bildung von Kaltluft und über den Waldflächen von Frischluft.

Da im Zusammenhang mit der Errichtung und dem Betrieb von Windkraftanlagen keine negativen Einflüsse auf klimatische Funktionen der Landschaft bekannt sind, ist bezüglich des Schutzgutes Klima/Luft nicht von einer Planungs- und Entscheidungsrelevanz auszugehen. Vertiefende Betrachtungen oder Erläuterungen werden daher nicht erforderlich.

Bei Nichtdurchführung der Planung ist keine Veränderung dieses Schutzgutes zu erwarten.

Planfall

Planungs- und entscheidungsrelevante Wirkungen auf das Schutzgut Klima sind nicht zu erkennen. Erheblich negative Auswirkungen von Windkraftanlagen auf die klimatischen Funktionen der Kultur- und Waldlandschaft sind nicht bekannt. Da Windkraftanlagen auch keine schädlichen Stoffe erzeugen und emittieren, ist auch nicht von Belastungen der Luft und Luftqualität auszugehen.

Grundsätzlich wird mit der Ausweisung von Sondergebieten „Windpark“ ein Beitrag zum Klimaschutz auf lokaler Ebene geleistet. Das Schutzgut Klima ist im Zusammenhang mit der Errichtung von Windkraftanlagen insgesamt von untergeordneter Bedeutung.

2.2.5 Landschaft / Landschaftsbild, Kultur- und sonstige Sachgüter

Bestandsaufnahme/ Plan-Nullfall

Naturräumlich befindet sich das Plangebiet im Pirmasenser Hügelland (Einheit 180.31). Das Pirmasenser Hügelland ist gekennzeichnet durch größere Plateaubereiche mit nur geringer Reliefenergie. Die Hochflächen werden in der Regel landwirtschaftlich genutzt (Ackerbau überwiegt). Das Plangebiet befindet sich auf einer landwirtschaftlich genutzten Hochfläche auf einer Höhenlage von um 330 – 350 m ü. NN. Den Hochpunkt bildet die Kuppe des Humricker Berges mit 364 m ü. NN. Im Norden begrenzt der Talzug des Bottenbachs, im Süden das Hornbach-/Trualbtal und die Odenbrunnklamm die Hochfläche im Bereich des Plangebietes. Nach Osten reicht die Hochfläche bis zum Felsalbtal.

Typischerweise findet auf der Hochfläche überwiegend Ackerbau statt. Die angrenzenden Talhänge sind meist bewaldet und / oder mit Grünland bedeckt. Aufgrund der Höhenlage sind weite Blicke in die Umgebung möglich.

Das Landschaftsbild ist durch den bestehenden Windpark (acht Windenergieanlagen) bereits überprägt und deutlich vorbelastet. In weiterer Entfernung bilden die bestehenden Windkraftanlagen bei Vinningen und Waldhausen sowie die Sendemaste bei Großsteinhausen und Vinningen markante Marken innerhalb der Landschaft. Landschaftsschutzgebiete werden von den Sondergebietsflächen „Windpark“ bei Riedelberg nicht berührt.

Das vorhandene Wegenetz sowie die wenig befahrene K81 stehen für die ortsnahe Erholung als Wander- oder Spazierwege zur Verfügung. Mit einer Entfernung von mindestens 1.000 m zum Ortsrand von Riedelberg liegen die bestehenden und geplanten Windparkflächen allerdings nicht im Aktionsradius für häufige Spaziergänge, z.B. am Feierabend, sondern eher im Aktionsradius für etwas längere bzw. ausgiebigere Spaziergänge am Wochenende. Insofern ist nicht von einer intensiven Erholungsnutzung im Gebiet auszugehen.

Schwerpunkträume für die Erholung sind im Gebiet um Riedelberg in den stärker strukturierten Talzügen zu finden. Durch die in der Regel steilen und bewaldeten Talhänge ergeben sich aus diesen Erholungsräumen heraus nur geringe Sichtbeziehungen zu den Hochflächen.

Bei Nichtdurchführung der Planung ist keine Veränderung dieses Schutzgutes zu erwarten.

Planfall

Grundsätzlich verursachen Windkraftanlagen allein aufgrund ihrer Größe und damit verbundenen Dominanz eine Veränderung des Landschaftsbildes. Aufgrund der Höhenlage des Vorhabengebietes und der heute üblichen Höhe von Windkraftanlage, sind diese bis in mehrere Kilometer Entfernung sichtbar.

Die geplanten Sondergebietsflächen Riedelberg werden in direkter Nachbarschaft zum bereits bestehenden Windpark Riedelberg mit insgesamt acht Anlagen errichtet. Diese Anlagen stellen bereits eine deutliche landschaftliche Vorbelastung dar. In größerer Entfernung treten dazu noch die Windparke bei Walshausen und Vinningen, die Müllverbrennungsanlage Pirmasens sowie der Sendemast bei Großsteinhausen.

Landschaftlich empfindliche oder geschützte Räume, wie historische Kulturlandschaften, oder Landschaftsschutzgebiete, sind im direkten Umfeld des Gebietes keine ausgewiesen. Die nächstgelegenen Landschaftsschutzgebiete Blümelstal bzw. Gersbachtal liegen mindestens 5 km entfernt. Die Täler selbst sind durch ihre spezielle Charakteristik und den überwiegend bewaldeten Talhängen sichtbar verschattet, sodass Blicke zum Windpark nicht möglich sind. Optische Störwirkungen ausgehend von Windpark auf die jeweiligen Schutzziele sind damit nicht gegeben. Die westlichen Randausläufer des Naturparks Pfälzerwald beginnen erst in rund 9 km Entfernung. Trotz dieser Entfernung ist eine Sichtbarkeit möglich, eine relevante Wirkung und Relevanz im Hinblick auf das Schutzgebiet und seine Schutzziele ist jedoch nicht zu erwarten.

Auswirkungen beschränken sich auf die angrenzenden Höhen bzw. Hochflächen sowohl auf deutscher wie auch auf französischer Seite. Die Wirkungen auf die landschaftliche Eigenart oder das

Landschaftserleben dieser Hochflächen sind aber als nicht erheblich zu bewerten. Dies gilt vor dem Hintergrund, dass es sich um eine Ergänzung eines bestehenden Windparks. Neue Anlagen werden vor allem während der Bauzeit als Veränderung in Erscheinung treten, langfristig jedoch Teil eines bestehenden Windparks sein und nicht als neue Dominante in der Landschaft wahrgenommen werden.

3 Maßnahmen zur Vermeidung, zur Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen

Im Rahmen des anschließenden Genehmigungsverfahrens nach BImSchG werden geeignete Maßnahmen zum Ausgleich festgesetzt, insbesondere im Hinblick auf das Schutzgut Tiere.

4 Prüfung anderweitiger Planungsmöglichkeiten

Im Rahmen der Teiländerung des Flächennutzungsplanes wurde das gesamte Verbandsgemeindegebiet flächendeckend untersucht. Aufgrund bestehender Restriktionen, u.a. Artenschutz, konnten neben den bestehenden Sondergebietsflächen keine alternativen Standorte oder Planungsmöglichkeiten identifiziert werden.

5 Verwendete technische Verfahren und Hinweise auf Schwierigkeiten

Bei der Ermittlung von Umweltauswirkungen wurden geeignete Technische Verfahren (siehe IV2.1) angewandt. Schwierigkeiten konnten nicht festgestellt werden.

6 Maßnahmen zur Überwachung

Gem. § 4 c BauGB überwachen die Kommunen die erheblichen Umweltauswirkungen, die auf Grund der Durchführung des Flächennutzungsplanes eintreten, um insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig zu ermitteln und um in der Lage zu sein, geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen. Die Bestimmung der Überwachung relevanter Umweltauswirkungen liegt im planerischen Ermessen der Gebietskörperschaft.

Erhebliche und nicht ausgleichbare Umweltauswirkungen sind bei Beachtung der getroffenen Regelungen durch die Planung nicht zu erwarten.

Als Maßnahmen zur Überwachung möglicher Auswirkungen werden vorgesehen:

Überprüfung der zentralen Aussagen des „Landschaftsplanerischer Beitrag zur Erweiterung von Sondergebietsflächen „Windpark“ in der Gemarkung Riedelberg“, insbesondere bezogen auf den Artenschutz im Rahmen des weiteren Genehmigungsverfahrens.

7 Allgemeinverständliche Zusammenfassung

Die Verbandsgemeinde Zweibrücken Land plant in ihrem Flächennutzungsplan die Darstellung von Sondergebietsflächen „Windpark“ östlich der Ortslage von Riedelberg. Die geplanten Sondergebietsflächen sind in direkter Nachbarschaft zu einer bestehenden Sondergebietsfläche mit bereits acht realisierten Windkraftanlagen, vorgesehen. Die zusätzlichen Sondergebietsflächen sind somit als Ergänzung und Arrondierung bestehender Flächen anzusehen.

Beim überplanten Gebiet handelt es sich um eine landwirtschaftlich geprägte Hochfläche. Dementsprechend dominieren Ackerflächen und Wirtschaftsgrünland. Waldflächen existieren im Süden. Dort umschließt die Sondergebietsfläche auch einen Teil des Hornbach-/Trualbtales sowie die bewaldete Odenbrunnklamm, ein Seitental zur Trualb. Der Hornbachabschnitt ist Teil des FFH-Gebietes Zweibrücker Land. Insofern finden sich dort neben dem Fließgewässer selbst auch weitere schutzwürdige Biotope. Im nördlichen Teil der geplanten Sondergebietsflächen ist ein Kleingewässer (Mardelle) mit umgebender Glatthaferwiese hervorzuheben. Alle schutzwürdigen oder geschützten Biotope sind durch die Ausweisung der geplanten Sondergebietsflächen bezüglich ihrer räumlichen Ausdehnung, ökologischen Funktionen und Schutzwürdigkeiten nicht gefährdet. Die Sondergebietsflächen bieten genug räumlichen Spielraum für die Errichtung von Windkraftanlagen, sodass Beeinträchtigungen vermieden und ein Erhalt der Biotope möglich ist.

Hinsichtlich planungs- und entscheidungsrelevanter Artvorkommen zeigen die vorliegenden Daten, dass insbesondere für den Nordteil (nördlich der K81) Restriktionen bzw. ein erhöhtes Konfliktpotenzial

nicht auszuschließen ist. Die nördliche Teilfläche liegt im relevanten Umfeld eines Rotmilanvorkommens zwischen Großsteinhausen und Bottenbach. Ein genereller Ausschluss der Fläche auf Basis der Datenlage ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht zwingend erforderlich, es besteht aber auf jeden Fall ein erhöhtes Prüf- und Darlegungserfordernis im Zuge eines nachfolgenden und verbindlichen Genehmigungsverfahrens nach BImSchG. Die artenschutzrechtliche Verträglichkeit ist dann im Detail, ggf. auch mit Hilfe von umfangreichen Vermeidungs-, Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen, verbindlich nachzuweisen.

Hinsichtlich des Landschaftsbildes führt die Errichtung von Windkraftanlagen allein aufgrund der heute üblichen Höhe der Anlagen zu Veränderungen des Landschaftsbildes. Im Fall Riedelberg handelt es allerdings nicht um ein Vorhaben auf grüner Wiese, sondern in unmittelbarer Nachbarschaft zu bereits bestehenden Anlagen. Eine neue Dominante in bislang unberührter Landschaft wird nicht entstehen. Eher sind die Veränderungen als graduell zu bewerten und lassen keine Beeinträchtigungen erwarten, die den Landschaftscharakter soweit beeinträchtigen, dass die derzeitige Attraktivität (mit den bereits bestehenden Anlagen) von Erholungsräumen im Umfeld erheblich herabgesetzt wird oder gar grundsätzlich in Frage gestellt ist.

Insgesamt ist auf Basis der heute bekannten Sach- und Datenlage festzustellen, dass Belang von Natur und Landschaft, die einer Ausweisung weiterer Sondergebietsflächen „Windpark“ grundsätzlich entgegenstehen können, vorliegen. Die ermittelten Konfliktpotenziale vor allem hinsichtlich artenschutzrechtlich relevanter Artvorkommen sind nicht ausreichend, um daraus einen Ausschluss der Flächen auf Ebene des Flächennutzungsplanes ausreichend zu begründen. Sie zeigen aber auf, dass für die nachgeschalteten, verbindlichen Genehmigungsverfahren nach BImSchG ein erhöhtes Prüf- und Darlegungserfordernis besteht.

V ANLAGEN

- Artenschutzrechtliche Betrachtung, Gebietssteckbriefe (LAUB mbH, Juli 2016)
- Flächenpotential-Gutachten zur Nutzung der Windenergie in der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land (November 2015)
- Erfassung windkraftsensibler Vogelarten (Rotmilan, Schwarzmilan und Uhu) im französischen Teil des 4 km-Puffers um die geplante Windkonzentrationszone in Riedelberg (LAUB mbH, Juli 2017)
- Landschaftsplanerischer Beitrag zur Erweiterung von Sonderbauflächen „Windpark“ in der Gemarkung Riedelberg“ (LAUB mbH, Oktober 2017)
- Stellungnahmen der Kreisverwaltung Südwestpfalz, Untere Naturschutzbehörde, vom 12.12.2016 sowie 08.06.2017.